

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei im Haus vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Postabonnement 3,30 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1890 unter Nr. 892, V. Nachtrag.)
Unter Kreuzband, täglich durch die Expedition, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr

beträgt für die 5gespaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Beuthstraße 3, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.
Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Beuthstraße 3.

Die neue Einkommensteuer.

III.

Es dürfte sehr vielen unbekannt sein, daß es bis jetzt in Preußen Staatsbürger gegeben hat, welche der allgemeinen Steuerpflicht nicht unterworfen waren. Es betrifft dies eine Anzahl von Familien mit theilweise fürstlichen Vermögen, früher unmittelbare deutsche Reichsstände, die ihre Steuerfreiheit von einem königlichen Dekret vom Jahre 1815 ableiten, das nicht einmal auf dem Verfassungswege in Rechtskraft erwachsen ist.

Der Regierungsentwurf bestimmt nun, daß diese Steuerfreiheit mit dem 1. April 1894 aufhören solle, sieht aber eine Entschädigung vor, welche diesen Familien dafür zu gewähren sei und durch ein besonderes Gesetz geregelt werden solle. In der Begründung wird gesagt:

„Der in der Gesetzgebung mehr und mehr zur Verwirklichung gelangte Grundsatz der Allgemeinheit und verhältnismäßigen Gleichheit der Besteuerung läßt keine Ausnahme von der subjektiven Steuerpflicht zu, welche lediglich in weit zurückliegenden politischen Vorgängen ihre Begründung findet.“

In den breiten Schichten der Bevölkerung, welche die geschichtliche Entwicklung des standesherrlichen Privilegs der Steuerbefreiung nicht zu verstehen und zu würdigen vermögen, wird dasselbe mehr und mehr als eine ungerechte Bevorzugung gegenüber den weniger bemittelten Steuerpflichtigen angesehen.“

Es ist dagegen zu bemerken, daß man die geschichtliche Entwicklung des standesherrlichen Privilegs der Steuerbefreiung sehr gut verstehen kann und auch zu würdigen vermag und dasselbe dennoch, oder vielmehr gerade deswegen als ein Unrecht anzusehen berechtigt ist. Die Begründung sagt weiter, es entspreche nicht nur der Billigkeit, sondern der durch allgemeine Norm für Fälle dieser Art vorgezeichneten Direktive, die Aufhebung des Vorrechts nur gegen eine angemessene Entschädigung eintreten zu lassen. Sie beruft sich dabei auf die Entschädigung, welche den Grundherren für die Aufhebung der Grundsteuer-Exemption gewährt worden ist. (1861 und 1870: die bekannte „schlesische Milliarde“.) Aber jene Entschädigung oder vielmehr Abfindung war eine Ungerechtigkeit, begangen am Feuerjahrlenden Volk. Die Voraussetzungen, unter denen der feudale Grundbesitz steuerfrei sein sollte, trafen längst nicht mehr zu und ebenfalls treffen die Verhältnisse, unter denen die früher reichsständischen Familien Steuerfreiheit und im Falle der Aufhebung derselben eine Entschädigung in Anspruch nehmen könnten nicht mehr zu. Uebrigens war dies schon damals nicht mehr der Fall, als diese Steuerfreiheit durch königliches Dekret vom 21. Juni 1815 festgesetzt wurde.

Die durch Gesetz festzustellende Höhe der Entschädigung solle eine „angemessene“ sein, sagt die Begründung. Was ist eine angemessene Entschädigung? Soll das voraussichtliche Steuerbetriebskapitalist und den Herren v. Stolberg zc. vielleicht in 3 pCt. preussischen Renten ausbezahlt werden? Alsdann bezahlt das steuerpflichtige Volk an Zinsen für die Staatsschuld gerade soviel mehr, als es bis jetzt durch die Steuerfreilassung dieser Familien mehr belastet war. Wirklich ist dieser Vorschlag des Regierungsentwurfs von der Presse allgemein und theilweise sehr heftig angegriffen worden. Die vorgeschlagene Entschädigung ist umsomehr abzulehnen, als in der Begründung selbst anerkannt wird, daß der Gang der Gesetzgebung an bisherige Normen (das Präjudiz der Gesetze von 1861 und 1870) nicht gebunden und daher die Aufhebung der Steuerfreiheit ohne Entschädigung im Wege der Gesetzgebung an sich formell rechtlich zulässig sei.

Gegen die vorgeschlagene Besteuerung der Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Bergwerks-Genossenschaften ist nichts einzuwenden. Man hat vielfach von einer Doppelbesteuerung sprechen wollen, die hier vorliege. Sowohl juristisch wie finanzwissenschaftlich kann von Doppelbesteuerung nur da die Rede sein, wo bei zwei Steuern das nämliche Steuerobjekt und das nämliche Steuerobjekt zutreffen. Dies ist hier nicht der Fall. Ob es angezeigt war, bei der Besteuerung der Aktiengesellschaften zc. zur Fiktion einer Persönlichkeit zu schreiten und sie dann zur Einkommensteuer heran zu ziehen, oder ob sie nicht vielmehr mit der Ertrag- (Gewerbe-) Steuer und alsdann mit einem der Leistungsfähigkeit dieser Unternehmungsformen entsprechenden event. progressiven Steuersatze zu treffen seien, wollen wir dahin gestellt sein lassen; das Bedenken würde nur theoretischer Natur sein.

Die Einkommensteuer ist sowohl an und für sich als in ihrem Zusammenhang mit dem ganzen Steuersystem zu beurtheilen. Wenn es sich nach den in der Begründung angegebenen Motiven nur darum handelte, die Steuer zu vereinfachen, den Tarif zu verbessern, den minder bemittelten Bevölkerungsschichten weitergehende Erleichterungen zu gewähren und die bereits bisher zugelassene Berücksichtigung persönlicher Verhältnisse wirksamer zu gestalten, so haben wir bereits gesehen, in welcher Weise der Regierungsentwurf dies zu erreichen versucht hat. Ebenfalls haben wir uns über die Einführung der Selbstdeklaration und die daran geknüpfte angebliche Vereinfachung im Veranlagungsverfahren und der Rechtsmittel ausgesprochen. Infolge der Vorlage soll das Ziel der Reform nicht in einer Vermehrung der Staatseinnahmen aus der direkten Besteuerung liegen. Man denkt in Regierungskreisen also nicht daran, durch Verminderung

oder gar Aufhebung einiger indirekter Steuern, so namentlich auf Getreide und Fleisch den minder und mindest, d. h. gar nicht bemittelten Bevölkerungsklassen irgend welche, geschweige denn nachdrückliche Erleichterungen zu gewähren. Und wenn sich aus der neuen Einkommensteuer dennoch bedeutende Mehrerträge ergeben, (die Regierungsvorlage spricht in dieser Beziehung von nur 8 bis 900 000 M.), die „Freis. Ztg.“ aber mit weit größerer Wahrscheinlichkeit von 20-30 000 000 M.), so will man dafür einen Theil der Ertragsteuern, die Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer den kommunalen Verbänden zuweisen. Ein Projekt, das bekanntlich seit längerer Zeit besteht und dazu dienen soll, die den Kreisen und Gemeinden aus der lex Guene zukommenden Zuwendungen in Wegfall kommen zu lassen. Dabei ist aber ausdrücklich bemerkt, daß dies nur unter der Bedingung geschehen könne, wenn gleichzeitig die Einnahmen aus den Vieh- und Getreidezöllen der Staatskasse verbleiben, so daß man also an eine Herabsetzung oder gar an den Wegfall derselben in keiner Weise denkt. Es handelt sich überhaupt bei der ganzen Steuerreform nicht etwa um eine Entlastung der unbemittelten, sondern um eine andere Vertheilung der direkten Steuerlast innerhalb der mehr und weniger bemittelten Bevölkerungsklassen. Noch mehr! Während bei der Einkommensteuer auch solche herangezogen werden, die, ohne bemittelt zu sein, doch mit ihrem Arbeitseinkommen, wenn dasselbe 900 M. übersteigt, soll nach der Regierungsvorlage der vorausgesetzte Mehrertrag aus der Einkommensteuer zur Entlastung des Grundbesitzes dienen. Fürwahr, ein großes Wort gelassen ausgesprochen! Die Einkommensteuer, die auch das unfundierte (Arbeits-) Einkommen trifft, soll dazu dienen, daß die Steuer auf ein fundirtes Einkommen, den Grundbesitz, herabgesetzt werden kann. Man will mit dieser Bestimmung wiederum den Agrariern entgegenkommen und dem Geschrei über die „landwirtschaftliche Nothlage“ nachgeben.

Wirklich wird in diesen Kreisen u. A. die Grundsteuer als eine der Ursachen der so viel berufenen „Nothlage der Landwirtschaft“ angegeben, während im Gegentheil konstatiert werden muß, daß erstens der Grundbesitz in den verschiedenen Theilen des Landes zwar sehr ungleichmäßig, daß er aber im ganzen sehr niedrig besteuert ist und zweitens, daß gerade diese niedrige Besteuerung die Ursache ist, warum der Grund und Boden einen so hohen Kapitalwerth erzielt hat und in weiterer Folge hypothekarisch entsprechend hoch belastet worden ist. Da liegt die Ursache der „landwirtschaftlichen Nothlage“, nicht in der Grundsteuer.

Für die Schonung des ländlichen sowohl als des städtischen Grundbesitzes ist auch nicht eine Spur von Be-

Fenilleton.

Victoria.

Roman von Minna Kautsky.

Das Handwerk schafft keine Wohlhabenheit mehr, das brauche ich doch Ihnen nicht zu sagen; oder hätten Sie Ihre Lage so wenig erfasst? Sie sind heute ruiniert, Diensthengel wird es morgen sein.

„Was wissen Sie davon?“
„Gung. Ich weiß, daß die Verhältnisse unter den Kleingewerbetreibenden genau so ungewiß und prekär sind, als die der Fabrikarbeiter und daß Mili's Zukunft an der Seite dieses Mannes mir durchaus nicht gesichert erscheint. Das Kleingewerbe erliegt der Großindustrie, der kleine Mann dem Kapitalisten.“

„Das wird sich wieder bessern, das muß sich bessern.“
„Wie wäre das möglich? Das muß sich stetig verschlimmern.“

„Wir werden die Regierung zu Hilfe rufen.“
„Unter ihrem Schutze hat sich das ganze jetzige System entwickelt.“

„Der Dampf ist an allem schuld. Die verfluchten Erfindungen.“

„Die Entwicklung geht ihren Gang, Ihr mögt dafür Augen haben oder nicht, Euch dagegen sperren oder sträuben, es wird Euch nichts.“ Sein Ton erhob sich zu leidenschaftlicher Ueberzeugung; seine Augen sprühten: „Auch

Ihr zählt heute schon zu den Besitzlosen, zu den Proletariern!“

„Herr, mit wem glauben Sie zu reden, mein Sohn ist Professor.“

„Auch der gehört zu den Proletariern, der erst recht.“

„Das ist eine Frechheit!“

„Was wollen Sie denn mit diesem Professor ohne Professur? Das ist ein Titel ohne Mittel, eine Annäherung, ein Schwindel. Aber wenn dem auch nicht so wäre. Auch unter den Kopparbeitern existirt ein Ueberangebot von Kräften, wie bei uns Arbeitern, und die Ueberarbeit der Einzelnen. Alles ist unregulirt, Alles der wildesten Konkurrenz anheim gegeben. Und auch dort tragen Diejenigen, welche Kapital oder Protektion haben, den Sieg davon. Die gewinnen die einträglichsten Stellen und Aemter, indeß die Uebrigen darben. Und sie sind vielleicht noch schlimmer daran als wir, denn sie müssen eine gewisse Wohlstandigkeit zur Schau tragen, um jeden Preis. Da entblödet sich Keiner, den Vater für sich arbeiten zu lassen, oder der Mutter den letzten Sparspennig aus der Tasche zu nehmen, um seinen Rang aufrecht zu erhalten, um heuchlerisch sich über uns zu stellen. Aber die Masse der Kleinbürger und Kopparbeiter kämpft heute schon einen verzweifelten Kampf, und er wird immer aussichtsloser werden, bis Ihr ganz zu uns herabgestoßen seid, und Euch klar geworden sein wird, daß Ihr Euch mit uns verbinden müßt, um eine neue Ordnung, einen gerechteren und vernünftigeren Zustand herbeizuführen.“

Der Sattler hatte zugehört wie von einem geheimen Schred gebannt. Und wenn auch, wie es ihm schien, Wahrheit in dem Lag, was der Mann sprach, so war sie

ihm widerwärtig, daß er nicht um die Welt ihr zugestimmt hätte.

„Noth! Sozialdemokrat!“ rief er ihm zu, „mit Dir habe ich nichts zu thun! Ich bin ein friedlicher Bürger, Du bist ein Revolutionär!“ Du gehörst zu denen, die man einsperrt, die man niederschießt. Und was habt Ihr davon? Nichts, nichts und wieder nichts, höchstens die Vermehrung Eures Glends und die Reue, daß Ihr Euch umsonst geopfert habt.“

„Wir thun, was wir müssen,“ sagte Paul in düsterer Hoheit, „wir kämpfen um unsere Menschheit. Wir fühlen unsere Erniedrigung, und in dieser Erkenntniß liegt unser Recht, ihr ein Ende zu machen. Dieser Kampf ist der einer ganzen Klasse, und er wird ein langwieriger und wechselnder sein, wir wissen das; aber wir denken nicht an das Heute, wir denken an die Zukunft, wir wollen unseren Kindern ein menschenwürdiges Dasein erkämpfen und mühten sie dazu auch über unseren Leibern emporsteigen. Wir wollen unseren Kindern —“

Er hielt plötzlich inne, wie wenn ein dahinbrausender Strom einer Wehr begegnet, seine tiefe klangvolle Stimme, die in dem schönen Brustton der Ueberzeugung gesprochen, brach in einem Mißlaut.

Er sank in einen Stuhl und schlug seine Hand vor die Augen. „Ich hab' kein Kind mehr, ich hab' das meinige begraben.“

Zwei Arme umschlangen ihn. Emilie hatte ihn von rückwärts umfaßt und sie küßte seine Stirne, seine Augen, die in Thränen standen, in mitleidsvoller überströmender Zärtlichkeit.

„Weine nicht, geh, Du armer, lieber, Du guter Mensch!“ schluchzte sie, ganz jenem Naturgefühl hingegeben,

rechtigung vorhanden, als Grundlage eines fundierten Einkommens (der Grund- und Häuserrente) sollten sie im Gegentheil gegenüber dem bloßen Arbeitseinkommen viel nachdrücklicher zur Besteuerung herangezogen werden.

Um zu einer abschließenden Beurteilung des Regierungsentwurfs zu gelangen, so recapitulieren wir:

1. Das in der Begründung angegebene Motiv, den minder bemittelten Bevölkerungsklassen seien weitergehende Erleichterungen zu gewähren und ebenfalls, die Berücksichtigung besonderer persönlicher Verhältnisse wirksamer zu gestalten, kommt in der Regierungsvorlage nur andeutungsweise zum Ausdruck und ist thatsächlich so gut wie von keiner Bedeutung.

2. Wir legen der Verschmelzung der Klassensteuer und der klassifizierten Einkommensteuer zu einer einheitlichen Einkommensteuer keine große Bedeutung bei und würden statt der vorgeschlagenen Verbesserung des Steuertarifs einen progressiven Steuerfuß vorziehen, der eventuell und namentlich dann, wenn die Kommunalzuschläge durch Zuwendungen aus der Grund- und Gebäudesteuer zurückgehen sollten, auf 4 bzw. 5 pCt. steigen darf.

3. Wir würden keine höhere Festsetzung des steuerfreien Existenzminimums für wünschenswert halten, wie dies in der Regierungsvorlage geschieht, schon deswegen nicht, weil sich das Wahlrecht an einen Jenus knüpft.*)

4. Dagegen begrüßen wir die Einführung der Selbstdeklaration und würden da, wo trotz derselben die Steuerdefraudationen nicht von der Tagesordnung verschwinden, die Veröffentlichung der Steuerlisten in Aussicht nehmen. Die Deklaration soll das thatsächliche und nicht das durchschnittlich berechnete Einkommen betreffen.

5. Die Vereinfachung im Veranlagungsverfahren und der Rechtsmittel, welche durch die Einführung der Selbsttaxation ermöglicht und in der Regierungsvorlage auch hervorgehoben wird, kommt im Entwurf nicht zum Vorschein und geeignete Veranlagungsorgane scheinen uns nur theilweise, nämlich in den untersten Instanzen geschaffen.

6. Die Zuwendung eines Theils der Ertragssteuern an die Gemeinden, z. B. die Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer, können wir nur in dem Falle für geeignet halten, wenn sie zur Verbesserung der Schulanstalten, der Armenversorgung und der Waisenerziehung verwendet und in dieser Beziehung von der Regierung kontrolliert wird. Namentlich aber ist eine Zuwendung in keinem Falle zur Herabsetzung der Grundsteuer zu verwenden, wie dies in Aussicht genommen ist.

7. Die Aufhebung der Steuerfreiheit für die in § 3 unter 4 des Entwurfs bezeichneten Familien hat ohne Entschädigung zu geschehen.

Briefe aus England.

London, den 18. November 1890.

Herr Gladstone hat wirklich merkwürdiges Glück. Als er vor drei Wochen in einer der großen Reden an seine Wähler im Kreise Midlothian seine Stellung zur Achtstundentage dahin erklärte, daß er ein allgemeines Achtstundengesetz zwar verwerfe, ein Achtstundengesetz für Bergarbeiter aber — für eine offene Frage halte, in Bezug auf die er sich jedoch zu nichts verpflichten könne, machte sich bei einem großen Theil der Arbeiter, die noch nicht endgültig mit dem Grand Old Man gebrochen haben, eine ziemliche Enttäuschung bemerkbar. War es auch eine Konzeption, daß Herr Gladstone den Grundsatz der Beschränkung der Arbeitszeit erwachsener Männer nicht unter allen Umständen zurückwies, so ließ sich doch mit einer so lauschulmäßigen Erklärung absolut nichts anfangen. Sie hatte kaum einen theoretischen, geschweige denn einen praktischen Werth. Die auf das Arbeiterpublikum angewiesenen Organe der Liberalen und Radikalen hatten Mähe, ihre Verlegenheit zu verbergen, und die in Arbeiterfreundschaft machenden Organe der Regierungsparteien triumphierten.

*) Gegen eine Stelle im Artikel I ist uns aus Bayern eine lebhaftere Erwiderung zugegangen. Wenn die betreffende Stelle im Zusammenhang mit dem ganzen Gedankengang jener Auseinandersetzung gelesen wird, so geht ohne weiteres hervor, daß es sich dabei nicht um ein von unserer Seite aufgestelltes Postulat handelt, sondern daß damit nur eine Konsequenz aus den in der „Begründung“ entwickelten Motiven gezogen wird.

das das Weib stets für den kräftigen Mann sich entscheiden läßt, und sie in dem Augenblick, wo sie ihn von seiner Weichheit übermannt findet, unwiderstehlich in seine Arme treibt.

Und er duldet diese Liebskosen wie ein Süßes, Unbegreifliches und Unverdientes.

Der alte Brandhofer aber stand dieser unerwarteten Wendung schier verdutzt gegenüber. Ein Fluch entfuhr seinen Lippen, und er schrie das Mädchen an, mit ihm zu kommen.

Sie ließ Huber los und unwillkürlich, nur einer Gewohnheit nachgebend, that sie dem Vater einen Schritt entgegen.

Dann hob sie den Kopf und sah ihn an, mit mehr Festigkeit, als sie es jemals in ihrem Leben gethan.

Vater, ich weiß, was ich will und was ich soll. Ich bin nicht mehr so feig und eitel, wie ich's gewesen. Der Tod des Kindes hat mir so Vieles klar gemacht, und daß uns im Leben eine andere Aufgabe geworden ist, als uns zu ruhen und schön zu machen. Ich weiß nicht, ob — ob wir jemals — uns angehören werden — er und ich — ich will es auch jetzt nicht wissen, aber ich bin zu ihm gekommen, um —

Sie stockte abermals, ihre Augen senkten sich, ihr Herz klopfte in verdoppelten Schlägen, aber sie überwand dies, sie stieß mit dem Fuße auf und rascher, gleichsam sich überstürzend, rief sie, während ihr die Thränen über die Wangen liefen: „Ja, er sollte es wissen, daß ich ihn lieb hab', über Alles, und er ist der einzige Mann, den ich achten und ehren kann, und dem ich daher gerne gehorchen will — sagen Sie nichts, Vater, Sie kennen ihn nicht, er ist so gut und so geschickt, o, viel geschickter noch als der Kudi, ja, das ist er; und er hat Recht mit dem, was er vorhin gesagt hat, wenn ich auch nicht Alles verstanden hab'. Aber ich meine, Vater, die, die nur erst wissen, wo sie der Schuh drückt und was sie brauchen, die stehen einer Besserung schon näher, als die, die garnichts denken und fühlen, und wenn — wenn er mich einmal für tüchtig genug hält,

Eine Rede, die der zweite Führer der Liberalen, Herr John Morley, Ende voriger Woche in Scarborough hielt, verschlimmerte den Eindruck noch. Herr Morley, der vielfach als der Nachfolger des Herrn Gladstone in der Führerschaft der liberalen Partei betrachtet wird, ist eine Art englischer Eugen Richter. Ein Liberaler aus der Schule John Stuart Mills, ungemein doktrinär, von seinen Verehrern „honest John“ — der eheliche John — genannt, hält er mit derselben Starrheit wie der Führer des deutschen Freisinn an der igen Idee des „freien Arbeitsvertrages“ fest. Die Einwände, die er gegen die gesetzliche Beschränkung des Arbeitstages ins Feld führt, sind theilweise geradezu kindisch. Auch schlug er sich, wie das all den Leuten passiert, die eine schwache Position durch einen Schwall von Ausreden zu verdecken suchen, wiederholt selbst ins Gesicht. So meinte er, und darin hatte er ja Recht, daß wenn einmal die Sache in Bezug auf die Bergarbeiter im Prinzip zugestanden sei, es nicht recht einzusehen sei, bei welchem Beruf man sie verweigern könne. Dann aber malte er die Folgen, die die Einführung des gesetzlichen Achtstundentages für den Bergarbeiter haben würde, so schwarz, daß sich Jedermann sagen mußte: Bei solchen Wirkungen ist es ja ganz ausgeschlossen, daß in irgend einem zweiten Gewerbe die Arbeiter Lust verspürten, es den Bergarbeitern nachzumachen. Warum also diesen hartnäckig verweigern, was sie nun einmal in übergroßer Mehrheit verlangen? Welchen Eindruck die Rede bei den Bergarbeitern machte, zeigte sich ein oder zwei Tage später in einer liberalen Versammlung in Outwood (Yorkshire). Dort trat als einer der Hauptredner der Abgeordnete Picard, der Präsident der großen Bergarbeiter-Föderation, auf und griff in schärfster Weise Morley an, dessen „höhnische und beleidigende“ Behandlung der Forderungen der Bergarbeiter ihn um allen Kredit bei diesen bringen würde, und dessen Einwände zeigten, daß er absolut nichts von der Frage verstände. Morley habe sich über den Hinweis auf die Gefahren, die die Arbeiter in den Gruben laufen, lustig gemacht und gefragt, ob man meine, daß die Verkürzung der Arbeitszeit die Zahl der Grubenunfälle und Explosionen vermindern würde? Nun, es sei immer und immer wieder nachgewiesen worden, daß die Mehrheit der Grubenunfälle in den späteren Stunden des Tages passire, wenn die Leute von der Arbeit abgerudert sind. Wenn ein Staatsmann von der Bedeutung Morley's diese große Frage von dem Gesichtspunkt der Erhöhung der Kohlenpreise um 1 oder 2 Pence pro Tonne behandle, so würden die Bergarbeiter daraus den Schluß ziehen, daß sie von dieser Sorte Politiker sehr wenig zu erwarten haben.

Picard ist, wie schon aus der Thatsache hervorgeht, daß er als Redner auf einem Meeting der Liberalen auftrat, bisher politisch mit ihnen gegangen; wenn er also schon diese Sprache führte, wie mußten dann erst Andere empfinden. Andererseits hat der Kandidat der Konservativen für den Wahlkreis Handsworth in Staffordshire, der Marquis of Lorne, sich für die Einführung der gesetzlichen Achtstundentage in Bergwerken erklärt, und noch eine ganze Reihe von Konservativen sollen gewillt sein, es ihm nachzuthun. Das würde die Aktien der Liberalen natürlich erheblich zu Gunsten der Konservativen sinken machen. Da ist zur guten Stunde für dieselben — Lord Salisbury in die Aktion getreten. In seiner Rede auf dem Lordmayor-Bankett am vorigen Montag, deren das „Berliner Volksblatt“ bereits erwähnt hat, ist der Führer der Konservativen auch auf die Arbeiterfrage zu sprechen gekommen. Und wie feinerzeit im Deutschen Reichstag in der Frage des Arbeiterschutzes Bismarck mit Eugen Richter in mancherlei Hinsicht Gemeinplätzen wetteiferte, so bemühte sich Englands ruhmreicher Staatsminister, den „ehelichen John“ im Punkte Verdonnerung der gesetzlichen Beschränkung der „Freiheit der Arbeit“, und des Arbeitsauspressens, noch zu überbieten. Und er bekam es, zur großen Erbauung der City-Hausleute, auch glücklich fertig. Hatte Morley erklärt, er würde, wenn der Grundsatz der „Trade-Option“ (Einführung des gesetzlichen Achtstundentages in Gewerben, wo die Mehrzahl der Arbeiter es verlangt) durchginge, nach Rußland oder der Türkei auswandern, so verkündete Lord Salisbury, daß diese Neuerungen, die unkluge Theoretiker, schwachmüthige oder interessierte Politiker als Anwälte der Arbeiter vorschlagen, an den schwärzesten Aberglauben erinnern, durch den jemals die Industrie unterdrückt worden sei. Seine Rede, ein wahrer Dithyrambus auf die bürgerliche Freiheit, wäre würdig, als Leitartikel in der „Freisinnigen Zeitung“ oder der „Nation“ abgedruckt zu werden, und vom Standpunkt der Manchesterer aus würde sie sogar nicht den schlechtesten Leitartikel bilden, der in diesen Blättern gestanden. Wenn indes der Lord-Minister des Weisfalls aller manchesterlichen und sonstigen Reaktionen genügt ist, so hat er trotzdem seiner Partei einen sehr schlechten Dienst geleistet. Das unionistische „Daily Chronicle“ äußerte in seiner Besprechung dieses Theils der Salisbury'schen Rede verdrossen: „Wir stehen nicht an zu erklären, daß Lord Salisbury eine gute Gelegenheit hat vorübergehen lassen.“ Nämlich: den Mund zu halten. Es wäre für die unionistische Partei besser gewesen, wenn er sich jeder Bemerkung in Bezug auf die Arbeiterfrage enthalten hätte, was er auch ganz gut hätte thun können, da er für die auf der Tagesordnung stehenden Fragen ja doch nichts vorzuschlagen hatte.“ Und: „Der Leiter des Ministeriums spricht wie Jemand, der während der ganzen Diskussion, die den Fortschritt der Arbeiterbewegung betrafen, auf Reisen gewesen. Er scheint die Stimme der Ungerechtigkeit in

den Volksmassen nur aus der weitesten Ferne gehört, aber nicht die leiseste Idee von ihrer Kraft und Bedeutung zu haben. Er hat sich so viel mit dem großen Werk der Vertheilung Mühe beschäftigt, daß er keine Zeit gefunden hat, die Frage des industriellen England zu studiren.“ Dies eine Stimme aus einem mit der Regierung verbündeten Lager, man kann sich danach vorstellen, mit welchem Lärm die oppositionellen Blätter über die Rede des Lord-Ministers hergefallen sind. Der alte Gladstone hat wirklich ungewöhnliches Glück. Die Arbeiter sind indes keineswegs gewillt, sich mit halben Redensarten abweisen zu lassen. Auf der soeben in Bristol abgehaltenen Konferenz der Bergarbeiter-Föderation, auf der 129 004 Bergarbeiter durch 50 Delegirte vertreten waren, sind eine ganze Reihe wichtiger Beschlüsse in Bezug auf die Achtstundentage gefaßt und ist unter Anderem eine Resolution beschlossen worden, welche der Bergarbeiter-Bevölkerung ausdrücklich aus Herz legt, bei Parlamentswahlen nur für Kandidaten zu stimmen, die sich auf die Achtstundentage verpflichten, und wenn einer der aufgestellten Kandidaten es thut, sich der Stimmabgabe zu enthalten. Picard, der den Vorschlag führte, erklärte in seiner Ansprache, unter Bezugnahme auf Morley's Ausführungen, wenn die Arbeiter finden, daß keine der beiden großen Parteien in dieser Sache Etwas für sie thut, dies zur baldigen Formirung einer Arbeiterpartei führen würde. Ich behalte mir vor, auf die Beratungen dieser Konferenz eingehender zurückzukommen.

Ueber die Erweiterung des Fabrikgesetzes, welche die Regierung vorbereitet, um doch wenigstens ein Zeichen ihrer Arbeiterfreundlichkeit zu geben, hat vor kurzem in einer Versammlung der Internationalen Schneider-Union der Vorsitzende, Lewis Lyons, auf Grund authentischer Informationen mitgeteilt, daß dieselbe fast nur in einigen Vorschriften über die Beschaffenheit der Arbeitsräume in der Hausindustrie und in dem Vorschlag einer Vermehrung der Fabrikinspektoren bestehe. Das sei Alles, was die Regierung nach den Untersuchungen über das Schwitzsystem für notwendig befände. Aber die Vermehrung der Aufsichtsbeamten würde die Schwitzarbeit nicht vermindern sondern noch steigern, wenn dieselben keine genügenden Vollmachten hätten, um den Mißständen in der Hausindustrie entgegen zu wirken. Die Versammlung stimmte dem zu und nahm eine entsprechende Resolution an.

„General“ Booth, der Führer der Heilsarmee, hat vor einigen Wochen ein Buch erschienen lassen: „Im dunkelsten England, und der Weg, der hinausführt“, worin er in packender Darstellung die entsetzlichen Zustände schildert, unter denen die Armen und Elenden Englands und insbesondere Londons leben, oder richtiger, sterben und verderben. Mit Hilfe seiner Heilsarmee will Herr Booth, vorausgesetzt, daß ihm die nötigen Geldmittel — für den Anfang 100 000 Pfd.-Sterl. — zur Verfügung gestellt werden, in städtischen, ländlichen und überseeischen Kolonien die nicht ganz verkommenen Elemente dieses im ganzen drei Millionen Seelen zählenden dunkelsten England zu einem besseren Dasein emporheben. Eine Utopie, die seiner besonderen Kritik bedarf. Im Einzelnen hat die Heilsarmee freilich sich viele Verdienste um die Bevölkerung des Londoner slums erworben, was ihr eine Popularität verschafft hat, die nicht unterschätzt werden darf. Das Buch des Herrn Booth hat ein kolossales Aufsehen gemacht, es sind in drei Wochen 50 000 Exemplare desselben abgesetzt worden, und alle Welt spricht davon. Es sind auch schon viele namhafte Beiträge zur Verwirklichung des Booth'schen Plans eingegangen, ja, es ist kaum daran zu zweifeln, daß Booth das Geld, das er braucht, zusammenbekommt. Oder vielmehr das Geld, das er zu brauchen erklärt hat. Das, was wirklich nötig ist, um das Elend aus der Welt zu schaffen, kann in der heutigen Gesellschaft nicht aufgebracht werden, solange nicht der Jauberer geboren ist, der das Gesetz von Ursache und Wirkung aufzubeheben versteht.

Der Londoner Grasschaftsrath ist unverbesserlich. Statt sich das Beispiel der Väter der Intelligenzstadt zu Herzen zu nehmen, hat er vorigen Dienstag beschlossen, auch bei den Aufträgen zur Anfertigung von Kleidungsstücken für seine Angestellten zur Bedingung zu machen und darüber zu wachen, daß die Arbeiter, die Kleider herstellen, anständige, d. h. mindestens Gewerkschaftslöhne erhalten. Einen gleichen Beschluß hat für alle ihre Arbeiter die Westry (Bezirksverwaltung) von Battersea, einer Gemeinde in Südlondon, gefaßt. Auch in der Provinz findet dieser Grundsatz immer mehr Anerkennung. So hat der Gemeinderath von Sheffield jüngst bei der Vergabe der Arbeiten für ein neues Stadthaus die Bedingung stipulirt, daß der Unternehmer seine Arbeiter, ob gelernte Arbeiter oder Arbeitsleute, nach dem Tarif ihrer Trade Unions bezahlen und die Arbeitszeit derselben einhalten muß. Was wird Herr Hobrecht dazu sagen?

Wir haben in der abgelaufenen Woche verschiedene Eisenbahn-Unfälle gehabt, unter Anderem einen Zusammenstoß in der Nähe von Taunton im südwestlichen England, der 10 Menschenleben gekostet hat. Die unmittelbare Ursache war das Verschleßen eines Weichenstellers. Trotzdem hat die Todtenjury sich entschieden geweigert, zu erklären, daß der Beamte durch v e r b r e c h e r i s c h e (volontous) Fahrlässigkeit das Unglück verschuldet habe. Der Mann ist nämlich 85 Jahre alt und selbst erst kürzlich ein Opfer eines Unfalls gewesen, bei dem er eine Erschütterung erlitt, von der er sich seitdem nicht wieder erholt hat. Unter diesen Umständen kann man es nur billigen, daß die Geschworenen mit einem Proletarier als Verbrecher anrechnen mochten, wofür die Hauptschuld die Gesellschaft trifft.

den Volksmassen nur aus der weitesten Ferne gehört, aber nicht die leiseste Idee von ihrer Kraft und Bedeutung zu haben. Er hat sich so viel mit dem großen Werk der Vertheilung Mühe beschäftigt, daß er keine Zeit gefunden hat, die Frage des industriellen England zu studiren.“ Dies eine Stimme aus einem mit der Regierung verbündeten Lager, man kann sich danach vorstellen, mit welchem Lärm die oppositionellen Blätter über die Rede des Lord-Ministers hergefallen sind. Der alte Gladstone hat wirklich ungewöhnliches Glück.

Die Arbeiter sind indes keineswegs gewillt, sich mit halben Redensarten abweisen zu lassen. Auf der soeben in Bristol abgehaltenen Konferenz der Bergarbeiter-Föderation, auf der 129 004 Bergarbeiter durch 50 Delegirte vertreten waren, sind eine ganze Reihe wichtiger Beschlüsse in Bezug auf die Achtstundentage gefaßt und ist unter Anderem eine Resolution beschlossen worden, welche der Bergarbeiter-Bevölkerung ausdrücklich aus Herz legt, bei Parlamentswahlen nur für Kandidaten zu stimmen, die sich auf die Achtstundentage verpflichten, und wenn einer der aufgestellten Kandidaten es thut, sich der Stimmabgabe zu enthalten. Picard, der den Vorschlag führte, erklärte in seiner Ansprache, unter Bezugnahme auf Morley's Ausführungen, wenn die Arbeiter finden, daß keine der beiden großen Parteien in dieser Sache Etwas für sie thut, dies zur baldigen Formirung einer Arbeiterpartei führen würde. Ich behalte mir vor, auf die Beratungen dieser Konferenz eingehender zurückzukommen.

Ueber die Erweiterung des Fabrikgesetzes, welche die Regierung vorbereitet, um doch wenigstens ein Zeichen ihrer Arbeiterfreundlichkeit zu geben, hat vor kurzem in einer Versammlung der Internationalen Schneider-Union der Vorsitzende, Lewis Lyons, auf Grund authentischer Informationen mitgeteilt, daß dieselbe fast nur in einigen Vorschriften über die Beschaffenheit der Arbeitsräume in der Hausindustrie und in dem Vorschlag einer Vermehrung der Fabrikinspektoren bestehe. Das sei Alles, was die Regierung nach den Untersuchungen über das Schwitzsystem für notwendig befände. Aber die Vermehrung der Aufsichtsbeamten würde die Schwitzarbeit nicht vermindern sondern noch steigern, wenn dieselben keine genügenden Vollmachten hätten, um den Mißständen in der Hausindustrie entgegen zu wirken. Die Versammlung stimmte dem zu und nahm eine entsprechende Resolution an.

„General“ Booth, der Führer der Heilsarmee, hat vor einigen Wochen ein Buch erschienen lassen: „Im dunkelsten England, und der Weg, der hinausführt“, worin er in packender Darstellung die entsetzlichen Zustände schildert, unter denen die Armen und Elenden Englands und insbesondere Londons leben, oder richtiger, sterben und verderben. Mit Hilfe seiner Heilsarmee will Herr Booth, vorausgesetzt, daß ihm die nötigen Geldmittel — für den Anfang 100 000 Pfd.-Sterl. — zur Verfügung gestellt werden, in städtischen, ländlichen und überseeischen Kolonien die nicht ganz verkommenen Elemente dieses im ganzen drei Millionen Seelen zählenden dunkelsten England zu einem besseren Dasein emporheben. Eine Utopie, die seiner besonderen Kritik bedarf. Im Einzelnen hat die Heilsarmee freilich sich viele Verdienste um die Bevölkerung des Londoner slums erworben, was ihr eine Popularität verschafft hat, die nicht unterschätzt werden darf. Das Buch des Herrn Booth hat ein kolossales Aufsehen gemacht, es sind in drei Wochen 50 000 Exemplare desselben abgesetzt worden, und alle Welt spricht davon. Es sind auch schon viele namhafte Beiträge zur Verwirklichung des Booth'schen Plans eingegangen, ja, es ist kaum daran zu zweifeln, daß Booth das Geld, das er braucht, zusammenbekommt. Oder vielmehr das Geld, das er zu brauchen erklärt hat. Das, was wirklich nötig ist, um das Elend aus der Welt zu schaffen, kann in der heutigen Gesellschaft nicht aufgebracht werden, solange nicht der Jauberer geboren ist, der das Gesetz von Ursache und Wirkung aufzubeheben versteht.

Der Londoner Grasschaftsrath ist unverbesserlich. Statt sich das Beispiel der Väter der Intelligenzstadt zu Herzen zu nehmen, hat er vorigen Dienstag beschlossen, auch bei den Aufträgen zur Anfertigung von Kleidungsstücken für seine Angestellten zur Bedingung zu machen und darüber zu wachen, daß die Arbeiter, die Kleider herstellen, anständige, d. h. mindestens Gewerkschaftslöhne erhalten. Einen gleichen Beschluß hat für alle ihre Arbeiter die Westry (Bezirksverwaltung) von Battersea, einer Gemeinde in Südlondon, gefaßt. Auch in der Provinz findet dieser Grundsatz immer mehr Anerkennung. So hat der Gemeinderath von Sheffield jüngst bei der Vergabe der Arbeiten für ein neues Stadthaus die Bedingung stipulirt, daß der Unternehmer seine Arbeiter, ob gelernte Arbeiter oder Arbeitsleute, nach dem Tarif ihrer Trade Unions bezahlen und die Arbeitszeit derselben einhalten muß. Was wird Herr Hobrecht dazu sagen?

Wir haben in der abgelaufenen Woche verschiedene Eisenbahn-Unfälle gehabt, unter Anderem einen Zusammenstoß in der Nähe von Taunton im südwestlichen England, der 10 Menschenleben gekostet hat. Die unmittelbare Ursache war das Verschleßen eines Weichenstellers. Trotzdem hat die Todtenjury sich entschieden geweigert, zu erklären, daß der Beamte durch v e r b r e c h e r i s c h e (volontous) Fahrlässigkeit das Unglück verschuldet habe. Der Mann ist nämlich 85 Jahre alt und selbst erst kürzlich ein Opfer eines Unfalls gewesen, bei dem er eine Erschütterung erlitt, von der er sich seitdem nicht wieder erholt hat. Unter diesen Umständen kann man es nur billigen, daß die Geschworenen mit einem Proletarier als Verbrecher anrechnen mochten, wofür die Hauptschuld die Gesellschaft trifft.

nicht Wort gehalten, und so wisse sie denn nichts von der Franzel, absolut nichts.

Oswaldt erlaubte sich, die Wahrheit dieser Aussagen zu bezweifeln. Er behauptete, sie hätte die Franzel bei sich verborgen. Er drang in sie und verlangte ihre Herausgabe, er hat und drohte.

Das Mädchen sei ihm werth, und es sei unschuldig und rein, er wolle es nicht in jene Kreise gebracht haben, in denen die Mägel verkehren.

Aber da brauste sie gegen ihn auf, in sittlicher Entrüstung.

Was er denn von ihr glaube? Für was er sie halte? Wenn sie selbst nicht ganz so sei, wie sich's vielleicht gebäre, so thue sie damit Niemandem was Unrecht, und Niemand hätt' einen Schaden davon, als höchstens sie selbst. Aber der Franzel würde sie niemals so was zugemutet haben, im Gegentheil, auf sie würde sie gut Acht geben, und sie so streng halten wie eine Nonne, und in der Hinsicht soll ihr Niemand was nachsagen dürfen, und die Franzel wäre bei ihr sicher besser aufgehoben, als bei ihm. Und als er sich damit nicht abfertigen lassen wollte, gerieth sie in Wuth und zeigte in ihrer ganzen proletarischen Wildheit, vor der er schließlich die Flucht ergriff.

Er setzte seine Nachforschungen nach allen Richtungen fort. Er hatte den Aufenthalt von Franzel's Tante in ihrer Wohnung gebracht, die jetzt mit dem „Zhrigen“ verheiratet war, wie sie ihm sofort mit einem triumphirenden Lächeln erzählte, aber von ihrer Nichte behauptete auch sie nichts zu wissen. Dazwischen fuhr er wiederholt nach Kallenberg und nach der Enge, um nachzusehen, ob sie nicht dort zurückgekehrt sei.

Niemand wollte sie wiedergesehen, noch etwas von ihr gehört haben.

Dem Argwöhnischen war es indes aufgefallen, daß der Boldt sich um ihr Schicksal nicht weiter beunruhigte, weiter forschte, sondern seine frühere Ruhe und fröhliche Sorglosigkeit wieder angenommen hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. November.

Die Krisis und immer die Krisis! Für die kapitalistische Gesellschaft — vornehm und niedrig — ist dies der dunkle unheilbringende Punkt, auf den, unter Beiseitedrängung jedes anderen Gegenstandes, die angestaut angepaunte Aufmerksamkeit Aller sich richtet. Sie ist da! Kein Zweifel mehr. Das Schicksal hat an die Thore gepocht — hämmert an die Thore — werden sie fest genug sein, dem Ansturm der entseelten Mächte des Chaos, genannt bürgerliche Weltordnung, zu widerstehen? Wird es den Hohepriestern des Moloch gelingen, die Thore noch einmal genügend von innen zu stützen und zu verhindern, daß der Tempel, in dessen Allerheiligstem, überschattet von dem pesthauchenden „Gißbaum“, das goldene Kalb auf hohem, massiggoldenen Postament steht, wild umtanzt von den Anbetern, Priestern und Hohepriestern des Moloch verfallt, entweicht und dem Anblick profaner Augen geöffnet werde? Letzteres ist vielleicht das Schlimmste von Allem — wenigstens am meisten gefürchtet, denn die Geheimnisse des Molochtempels sind gleich denen der „hohen Politik“ — werden sie enthüllt, so brandmarken sie, wenn sie nicht tödten. Ist es nicht möglich, die Thore verschlossen und verrammelt zu halten — bringt das Licht der Sonne in die sorgsam behütete Stätte dieser infernalischen Orgie der Selbstsucht, Gewissenlosigkeit und Spinnbüberei — dann ist diese beste aller möglichen besten Welten gerichtet, verurtheilt.

Und die Thore krachen, die Wände krachen. In London sind bis jetzt mit Mühe und Noth weitere Bankbrüche verhindert worden, doch an der Londoner Börse herrscht eine Panik, wie noch nie zuvor — meldet ein „hunderterte von Häusern, die vor der Insolvenz stehen“ — ähnliche Nothspots kommen aus Amerika, wo wieder ein großes Geschäft, als Folge der „Verlegenheiten“ des Hauses Baring Brothers, seine Zahlungen eingestellt hat — die New-Yorker Börse ist in ziemlich ebenso trübseligem Zustand, wie die Londoner, — die Wiener desgleichen, und die Berliner erst recht — während die Pariser Börse sich von der Panik noch nicht hat fortreißen lassen. Auch sie wird dem Unvermeidlichen nicht entgehen. Kurz, die Krisis hat bereits die gesammte „zivilisierte“ Erde umkrant und lähmt den gesammten Weltmarkt.

Der Umstand, daß bis jetzt nur wenige Häuser und Geschäfte ersten Ranges vom Sturm der Krise entworzelt worden sind, darf nicht täuschen. Wer Orleans beobachtet hat, wird wissen, daß selbst bei scheinbarem Nachlassen des Sturmes, die Wirkungen der Elementarkräfte sich fortwährend steigern bis zuletzt der stärkste Baum geknickt wird wie ein Schilfrohr. Kein Wetteinrich der Börse, der noch zu hoffen wagte: après nous le déluge — nach uns die Sintfluth. Die Sintfluth der Krise ist da.

Der Miquel hat gestern im preussischen Abgeordnetenhaus seinen Reform-Gesetzentwurf in langer Rede, die indes keine neuen Gesichtspunkte bot, vertheidigt; und ihm wurde von Vertretern des Zentrums, der Freisinnigen und der Konservativen geantwortet, die sich sämmtlich mehr oder weniger ablehnend aussprachen. Die Debatte wird heute fortgesetzt und wahrscheinlich auch die morgige Sitzung in Anspruch nehmen.

Das Resultat läßt sich noch nicht absehen — bei der Zusammenfassung des Landtags ist aber mit ziemlicher Bestimmtheit zu erwarten, daß das Erblichkeitsgesetz ganz beseitigt, und in den übrigen Gesetzentwürfen das wenige Gute ausgemerzt und das viele Schlimme verschärft werden wird. In eine Verbesserung ist in keinem Falle zu denken.

Für die Kenntniß der Gewerbe-Verhältnisse Preußens ist eine Statistik lehrreich, welche in den Anlagen zum Gewerbesteuer-Entwurf veröffentlicht worden ist. Derselben sind folgende Angaben zu entnehmen:

Von den 23,2 Millionen im Jahre 1885 gezählter Einwohner Preußens sind im laufenden Jahre 865,940 zur Gewerbesteuer veranlagt worden. Davon betriebenen Handel in bedeutendem Umfange 6822 (6719 in den Städten und 1108 auf dem platten Lande), 135 229 Handel in mittlerem Umfange (98 678 bezw. 36 259), Handel in geringem Umfange 404 382 (212 408 bezw. 191 974), Handel mit geistigen Getränken als Nebengewerbe 17 546 (12 789 bezw. 4757), die Gast-, Speise- und Schankwirtschaft 144 228 (63 521 bezw. 80707). Die Zahl der durch die Handwerkssteuer besteuerten Gewerbebetriebe beträgt 129 215 (86 146 bezw. 43 069), die der besteuerten Fuhrleute 15 912 (12 278 bezw. 8639), und die der besteuerten Schiffseigentümer 12 006 (4143 bezw. 8485). In den Städten giebt es demnach 495 975, auf dem platten Lande 369 965 Gewerbesteuerpflichtige, oder es stehen 57,3 pCt. in den Städten 42,7 auf dem Lande gegenüber. Während somit der Unterschied in der Zahl der Gewerbesteuerpflichtigen nicht groß ist, erweitert derselbe sich jedoch beträchtlich bei der Ausbringung der Gewerbesteuer. Der Reinertrag der letzteren beträgt insgesamt 18 Millionen. Davon entfallen 13,9 Millionen oder 77,2 pCt. auf die Städte und nur 4,1 Millionen oder 22,8 pCt. auf das platte Land. Unter allen Bezirken nimmt Berlin die erste Stellung bezüglich der Höhe der aufgeführten Gewerbesteuer mit 3,0 Millionen ein; der größte Theil der letzteren entfällt mit über 861 000 M. auf den Handel in mittlerem Umfange. Erst in weitem Abstände folgt auf Berlin der Regierungsbezirk Düsseldorf mit in Stadt und Land aufgeführten 1,45 Millionen. Den geringsten Gewerbesteuerertrag mit 1,12 Millionen weist der Bezirk Aachen auf, ihm folgt Köln mit 1,15 Millionen.

Der Bundesrath, so wird halbamtlich geschrieben, genehmigte in der gestern unter Vorsitz des Herrn v. Bötticher abgehaltenen Plenarsitzung nachstehende Statuten für 1891/92: des allgemeinen Pensionsfonds, der Verwaltung des Reichsheeres, der Marineverwaltung, der Post- und Telegraphen-, und der Verwaltung der Eisenbahnen, des Auswärtigen Amtes, des Reichs-Eisenbahn-Amtes, der Reichsschuld, des Rechnungshofes und der Reichsdruckerei. Die Zustimmung wurde erteilt den Gesetzentwürfen wegen Feststellung des Reichs-Saushaushalts für 1891/92 und wegen Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltungen des Reichsheeres, der Marine etc., ferner dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Krankenversicherung der Arbeiter, dem Verordnungsentwurf wegen Inkraftsetzung des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes und dem Entwurf eines Gesetzes betreffend die Vereinigung von Belgien mit dem Deutschen Reiche. Die Vorlage, betreffend den Beitritt Belgiens, Serbiens und Griechenlands zu der Uebereinkunft bezüglich der zollischen Einrichtung der Eisenbahnen, wegen im internationalen Verkehr wurde den Ausschüssen für Zoll- und Steuerwesen und für Handel und Verkehr,

eine Eingabe wegen Abänderung der Bestimmungen über die Größenverhältnisse der Waarenproben-Pakete bei Beförderung durch die Post dem Herrn Reichskanzler überwiesen. Einer Beschwerde wegen angeblicher Justizverweigerung in einem Bundesstaate beschloß die Versammlung eine Folge nicht zu geben.

Das ist lakonisch, trocken und doch nur zu berecht.

Der Erfolg für das Sozialistengesetz ist in dem „hellen“ Land Sachsen belamlich gefunden. Die Vereine und Versammlungen löst man auf Grund des sächsischen Vereinsgesetzes auf, und was man sonst nicht packen kann, das wird mit dem famosen Allerwelts-„Anflug“-Paragrafen gefaßt. Namentlich im „Auflösen“ haben die sächsischen Beamten sich eine wunderbare, nur durch fleißigste Uebung erklärliche, Geschicklichkeit erworben, und — sie haben auch immer Recht. So wurde z. B. vor kurzem der Arbeiter-Wahlverein in Löbau aufgelöst. Die Mitglieder beschwerten sich bei der nächsten Instanz, der Kreisauptmannschaft in Bautzen, und diese gab folgenden Bescheid:

Die königliche Kreisauptmannschaft hat in kollegialer Beratung der Beschwerde, welche der Vorstand des Arbeiter-Wahlvereins für den 2. sächs. Wahlkreis, Richard Pierschel und Genossen, Inhalts der angelegten und zu der Instanzinstanz zu nehmenden Immediatinstanz wegen der von dem Stadtrath beschlossenen Auflösung des gedachten Vereins erhoben hat, als unbegründet zu verwerfen beschlossen.

Die Auflösung des Vereins ist nach Bl. 88 a/b der zurechtfolgenden Akten erfolgt, weil derselbe nach seiner bisherigen Thätigkeit, über welche die Akten genügend Nachweis geben, sich zur sozialdemokratischen Lehre bekennend und für deren Verbreitung agitirte, diese Lehre aber Gesetzesübertretungen und unsittliche Handlungen anstrebte und daher Vereine, welche deren Verbreitung zum Zweck haben, nach § 20 des Vereinsgesetzes vom 22. November 1850 zu verbieten seien.

Daß die Mitglieder des Vereins der sozialdemokratischen Partei angehören, zum Theil auch zielbewusste Parteigänger mit hervorragender agitatorischer Thätigkeit sind, steht außer Zweifel und ebenso, daß dem Verein die Verbreitung der sozialdemokratischen Lehren und die thätliche Unterstützung der Wahl sozialdemokratischer Vertreter zu den staatlichen wie kommunikativen Korporationen als Ziel gestellt ist und haben dies die Beschwerdeführer selbst nicht in Abrede zu stellen vermocht.

Die königl. Kreisauptmannschaft hat aber dem Stadtrath auch darin beizupflichten gehabt, daß die sozialdemokratischen Ziele, wie sie sowohl in dem Bl. 66 der Akten ersichtlich wie zahlreichen anderen aufgestellten Parteiprogrammen niedergelegt sind, sich gegen die bestehenden Staats-, Rechts- und gesellschaftlichen Ordnungen richten, deren Umwälzung anstreben und deshalb ohne Gesetzesübertretungen nicht zu erreichen sind, daß also die Zwecke der Sozialdemokratie an sich als ungesetzliche und unsittliche im Sinne des § 20 des Vereinsgesetzes vom 22. November 1850 angesehen werden müssen, und hierzu kommt noch, daß solche Vereine, welche die Verbreitung gemeingefährlicher Lehren der Sozialdemokratie als Zweck verfolgen, hierdurch ihre Mitglieder mittelbar zu Begehung von Gesetzesübertretungen ausfordern und jedenfalls darauf hinarbeiten, dieselben hierzu geneigt zu machen. Das Verbot solcher Vereine auf Grund der Bestimmung im § 20 des Vereinsgesetzes erscheint daher auch der kgl. Kreisauptmannschaft gerechtfertigt.

Der Stadtrath erhält auf den Bericht vom 23. vorigen Monats zu 1286 II Veranlassung, die Beschwerdeführer demgemäß zu bescheiden und mit dem erhobenen Rechtsmittel abzuweisen.

Bautzen, den 4. November 1890.

Königliche Kreisauptmannschaft
v. Salsza und Sichtenau.

Nach diesem Bescheid kann — und muß eigentlich — jeder Verein, in dem Arbeiter und Sozialdemokraten sind, im schönen Geburtsland des Kartells aufgelöst werden.

Der konservative Verein in Leipzig, der notorisch das Vereinsgesetz flagrant verletzt hat, und dessen Gesetzeswidrigkeiten von Rechtsanwält Hofmann zur Kenntniß der Behörden gebracht wurden, besteht noch heute, und die Behörden finden, er habe nichts Ungeheuliches gethan, denn — er ist konservativ.

Man nennt das Gleichheit vor dem Gesetz. Blind darf solche Gerechtigkeit nicht sein, sie muß im Gegentheil, falls sie blödsinnig ist, eine Brille tragen, damit sie Jedem die Parteilichkeit an der Nase ansehen kann.

Im Reichstag wird man sich mit diesen Praktiken wohl zu beschäftigen haben.

Die russische Gesandtschaft in Paris verbreitet geflüstert: Der Spizel-General und General-Spizel Silberstoff (wie er eigentlich heißt, denn er ist ein polnischer Jude, der seinen ehrlichen deutschen Namen verrückt hat) sei das Opfer einer Privattrage geworden. Da jede russische Gesandtschaft an der Spitze der in das betreffende Land geschickten russischen Polizisten und Spione steht, und da die Geheimpolizei wohl ein Interesse hat, politische Verbrecher zu erfinden und deshalb auch selbst den harmlosesten Vorkommnissen den Stempel politischer Verbrechen aufzudrücken pflegt, so muß das umgekehrte Verfahren, welches die russische Gesandtschaft in Paris einschlägt, einigermaßen auffallen. Indes die Sache erklärt sich sehr natürlich, wenn wir bedenken, daß die öffentliche Meinung in Frankreich mit den russischen Nihilisten sympathisirt und die russische Spizel- und Polizeiwirtschaft verabscheut, und daß der Haß gegen Rußland aufs Aeußerste gesteigert werden muß, wenn die Wahrheit über die schmutzige Mission des Silberstoffs an den Tag kommt. Und noch etwas: die russische Regierung ist völlerrechtlich gar nicht befugt, ihre eigene Geheimpolizei in einem fremden Lande zu halten, außer in soweit es ausdrücklich durch die Regierung des fraglichen Landes gestattet ist. Nun hat aber — wie wir mit Sicherheit annehmen dürfen — die russische Regierung den Silberstoff bei der französischen Regierung nicht angemeldet, und sich also eines gräßlichen Verstoßes gegen die Vorschriften des Völkerrechts schuldig gemacht; und wenn nun die Wahrheit amtlich ans Licht gezogen, durch gerichtliches Urtheil die Polizei- und Spioneneigenschaft des Silberstoffs festgestellt wird, dann erwachsen der russischen Regierung sehr unangenehme Verwicklungen und die diplomatische Liebesangelei zwischen Rußland und Paris würde wesentlich erschwert.

Indes — das Lügen und Ableugnen hilft nichts. Auch in Paris bezweifelt Niemand, daß Silberstoff ein Spizel war und daß der Revolver, der ihn tödtete, von der Hand eines Nihilisten oder sonstigen politischen Feindes abgedrückt worden ist. Und die Revolverkugel, die dem russischen Spion den Schädel durchbohrte, ist auch ins Herz dieser Mißgeburt, genannt „russisch-französische Allianz“, gedrungen. Keine diplomatischen Kniffe und Lügen werden es verhindern können, daß jetzt in Frankreich der Schleier von

den Gräueln des Zarenregiments abgezogen und dem französischen Volk die Schmach und Widerwärtigkeit des von den französischen Monarchisten und Bourgeois ersehnten Bündnisses mit dem russischen Barbarenstaate klar und in scharfen Umrissen vor die Augen geführt wird. Und das ist ein Gewinn nach jeder Richtung hin.

Nachträglich erfahren wir, daß Silberstoff das Material gegen die soeben in Petersburg zum Tode verurtheilten Nihilisten geliefert hat.

Und der, welcher wissen will, wie das „väterliche“ Regiment des Zaren haust, wenn es nicht hängt, sondern bei guter Laune ist, und „bloß“ verschickt, der besetze sich nachstehendes Kulturbild, das wir der „Weber-Zeitung“ entnehmen:

Das angesehenste deutsche Blatt in den russischen Ostseeprovinzen war von jeher die Riga'sche Ztg. in Riga. Dieselbe hatte in neuester Zeit viel zu leiden unter den neuen moskowitzischen Beamten, welche zum „näheren Anschlusse“ der Ostseeländer an das heilige Rußland dorthin entsandt worden sind. Ein besonderer Musterbeamte dieser Art ist der neue Polizeimeister von Riga, Oberst Wassowsky; dieser Oberst Wassowsky hatte früher einen kleinen Polizeiposten in Warschau inne. Dort erhielt er aber von einem polnischen Grafen einmal ein paar tüchtige Ohrfeigen, wodurch er gezwungen wurde, Warschau zu verlassen. Die Regierung, als deren Organ er die Ohrfeigen erhalten, fühlte sich gedrungen, dem durch seine unerbittliche Rohheit brauchbaren Mann ein Plasterchen für die wohlverdiente Züchtigung zu legen, sie gab ihm einen Orden und eine höhere Stelle — die Stelle eines Oberpolizeimeisters von Riga. Sein Erscheinen in der ehemaligen Residenz der deutschen Schwertbrüder brachte dort eine gewaltige Umwandlung hervor. Unter den bisherigen Regierungsbeamten, die fast durchgängig Deutsche gewesen, hatte man ganz vergessen, daß man zum halbasiatischen Rußland gehöre; man war von allen Beamten stets so menschlich, so ehrlich behandelt worden — von Ausnahmen natürlich abgesehen. Seit Oberst Wassowsky Herrscher in Riga ist, fühlte man, daß man zu Rußland gehört. Wassowsky führt russische Art und Weise ein, er stellt bissige, rohe Prisaufs und Kartorjanski, Sorodowoi und Gendarmen als höhere und niedere Polizeibeamte an. Und er selbst, der kleine, ausgedrückt hängere Mann, mit dem gedrohen vorgelegten Haupt, in dem die grauen spigen Augen fortwährend schielen, ruht nicht Tag und Nacht „in Erfüllung seines Berufs“. In einer einstigen Drohsche dahinauf, taucht er bald da, bald dort auf, besichtigt die Wachen, überfällt ahnungslose Bürger und vollführt eine — sagen wir Selbstthat nach der anderen! Mit seinem Haffe verfolgte Wassowsky seit seinem Regierungsantritt — er waltet in Riga thatsächlich als Regent — besonders die „Riga'sche Zeitung“, welche 120 Jahre lang unangefochten in deutscher Sprache erschien. Aber er konnte ihr nichts anhaben, denn sie gab keinen Anlaß dazu. Was thut nun Herr Oberst Wassowsky? Im Einverständnis mit dem Gouverneur Sinowjew läßt er durch eine seiner Kreaturen bei einem Konzert einen Standal hervorrufen, in welchen künstlich ein Redakteur der „Riga'schen Zeitung“ hineingezogen wird, und ehe man sich versieht, ist dieser, der an allem ganz Unbetheilte, der Mittelpunkt des Standals. Wüthlich zieht jener Hezer einen Revolver und bedroht den Redakteur; dieser verweist nothgedrungen dem Angreifer einige tüchtige Tische und nun erscheint Wassowsky mit einem förmlichen Polizeiherr, erklärt den Redakteur im Namen der Regierung für verhaftet und anderen Tages ist der Unglückliche für Freunde und Verwandte aus der Liste der Lebenden gestrichen — er wandert nach Sibirien als „administrativ Verbanter“! Und solche Stücken folgen nun Tag auf Tag. Der Chef der „Riga'schen Zeitung“, Alexander Buchholz, seines Lebens nicht mehr sicher, entgeht sich dem Haffe Wassowsky's durch die Flucht. Die Ernennung eines neuen Redakteurs hängt von Wassowsky's Einwilligung ab; diese erfolgt nie und die „Riga'sche Zeitung“, die 120 Jahre ehrenvoll bestanden, geht durch das rohe Verfahren eines Polizeimeisters zu Grunde! O heiliges Rußland!

Nicht wahr, ein schönes Bild? Und wenigstens was die „Riga'sche Zeitung“ und deren Redakteure angeht, sind wir in der Lage, die Richtigkeit auf beste Autorität hin zu befestigen.

Ist die freie Liebe in dem Sinne, wie unsere Feinde sie verstehen und üben, etwas Ehrenhaftes oder etwas Unehrenhaftes? und verträgt sie sich mit der Bekleidung öffentlicher Ehrenämter oder nicht? Das ist die interessante Frage, welche jetzt die politische Welt Englands, anlässlich der gerichtlich festgestellten „freien Liebe“ des irischen Parlamentsmitgliedes und Führers der irischen Partei, Mr. Parnell, in Anspruch nimmt. Ein Landsmann des Herrn Parnell, Michael Davitt, verlangt entschieden, daß der Jünger der „freien Liebe“ vom politischen Schauplatz zurücktreten müsse — bliebe Parnell, so beschimpfe er die von ihm vertretene Sache.

Aber Michael Davitt ist ein Plebejer und sozialdemokratisch angehauchter Arbeiter, der nicht in der Lage ist, die Segnungen und Annehmlichkeiten der freien Liebe zu kennen; die „gute“ Gesellschaft, das heißt die oberen Zehntausend mit sammt der Blüthe der Bourgeoisie, urtheilen jedoch anders, und die meisten der „auslandigen“ Blätter, sowie auch die sehr ehrenwerthen Parlamentskollegen des Herrn Parnell erklären den Gedanten, daß er wegen einer solchen Bagatelle seine politische Laufbahn aufgeben, für eine lächerlichkeit. Wir wollen nun abwarten, welche von beiden Strömungen den Sieg gewinnen wird. Charakteristisch für die „Moral“ unserer „moralischen“ Gesellschaft ist's jedenfalls, daß die Frage überhaupt hat auftauchen können.

Neueste Nachrichten. Von Antwerpen wird telegraphirt, daß allein an der dortigen Börse in den letzten Tagen durch Kurssturz der Werthpapiere dritthalb Millionen Franks „verloren“ gegangen seien. Das heißt, eine Beschwindelung des Publikums um diesen Betrag ist festgestellt worden. Wohlgemerkt, bloß in Antwerpen, das nicht einmal ein Platz ersten Ranges ist. Danach kann man die Gesamtsumme der „Verluste“ ermessen, die hoch in die Millionen gehen. Es ist in der That eine prächtige „Ordnung“, die solche prächtige Früchte zeitigt. Wie heißt doch das Bibelwort, das wir schon so oft zu zitiren hatten? An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.

In gestrigen Abendblättern lesen wir, daß der Präsident der Arbeiterschuss-Kommission die Mitglieder derselben zu einem Diner eingeladen habe und daß alle Mitglieder mit Ausnahme der Sozialdemokraten erschienen seien. Was die letzteren anbelangt, so bemerken wir, daß der Präsident der Kommission, Abg. Graf Ballestrem, wohl in der berechtigten Abneigung, sich einer Ablehnung auszusetzen, die sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission nicht eingeladen hat.

1. Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 273.

Sonntag, den 22. November 1890.

7. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhause.

4. Sitzung am 21. November, 11 Uhr.

Am Ministertische: Miquel und Kommissarien.

Die erste Berathung des Einkommensteuer-Gesetzes wird fortgesetzt.

Abg. v. **Jedlitz** (freil.) wendet sich zunächst gegen die Ausführungen **Nidert's** über die Getreide- und Viehzölle; dieselben seien keine Steuern, sondern ihre Berechtigung nur darin, daß sie die Landwirtschaft schützen. Die Landwirtschaft, das wichtigste Gewerbe, dürfe man nicht dem einseitigen Standpunkte der Konsumtion preisgeben. Wenn die landwirtschaftlichen Zölle ermäßigt werden könnten, dann würde sich im Reiches Ertrag dafür schaffen lassen, z. B. in der stärkeren Heranziehung der Zölle, welche lange nicht genug besteuert sei. (Zustimmung rechts.) **Nidert** wußte dann aus, daß die Reform der Staatssteuern der Reform der Gemeindesteuer vorangehen müsse, damit die letztere an der ersteren eine richtige und sichere Unterlage finde. Bei der Reform müsse die Einkommensteuer den Eckstein bilden. Die anderen Steuern könnten nur als Nebensteuern erscheinen. Der frühere Finanzminister von Scholz habe zwischen fundirtem und unfundirtem Einkommen unterscheiden wollen. Ein solcher Unterschied wird bei der Erbschaftsteuer gemacht. Aber bis diese Unterscheidung überall durchgeführt sein wird, müssen wir uns beschränken auf das Bestehende, und uns mit den vorhandenen Ertragssteuern als Nebensteuern begnügen. Zu diesen gehören die Gewerbesteuer, und deren Reform sei notwendig, denn jetzt seien die kleinen und mittleren Betriebe überlastet. Gerade im gegenwärtigen Augenblicke, wo die sozialpolitische Gesetzgebung die Industrie belastet, ist eine Erleichterung derselben notwendig. In dem System der Ertragssteuern hat die Erbschaftsteuer eigentlich keinen Platz; sie ist nur dann zu verstehen, wenn man sie als eine Kontrolle für die Deklaration betrachtet, und kann dabei vielleicht durch andere Maßregeln ersetzt werden. Die Einkommensteuer muß trotz der Erleichterungen in den unteren Stufen einen solchen Reinertrag abwerfen, daß derselbe genügt, um die Ertragssteuern so zu vermindern, daß sie nicht allzu sehr drücken. Die Selbsteinschätzung ist das würdige Mittel, um das Einkommen der Bürger zu ermitteln. Die Staaten, welche Deklaration schon haben, gehen in ihren Vorschriften weit über das hinaus, was hier vorgeschlagen wird. Bei der Einschätzung wird man der Mitwirkung eines steuerrechtlichen Beamten nicht entbehren können, es ist ja dies auch vorgesehen in dem Entwurf. Aber ich halte es auch für notwendig, daß dem Landrath, dem Vertrauensmann des Kreises, nicht jede Einwirkung auf die Einschätzung entzogen wird, aber die ganze Arbeit kann und soll er nicht übernehmen. Der Landrath sollte die allgemeine Leitung übernehmen, die eigentlichen Arbeiten sollte aber ein Steuerfiskus machen; dann wird die Nothwendigkeit, ernannte Mitglieder in die Kommission zu schicken, nicht mehr vorliegen. Bezüglich der Steuererleichterung muß bedacht werden, daß bereits die beiden ersten Stufen der Klassensteuer aufgehoben, die übrigen ermäßigt worden sind. Eine Erleichterung liegt für die ärmeren Klassen aber darin, daß die Steuerfätze, welche der Gemeindesteuer zu Grunde gelegt werden, erheblich ermäßigt werden. Eine Ermäßigung der mittleren Einkommen ist wünschenswerth, auch eine Erhöhung der Steuer für ganze große Einkommen bis auf vier vom Tausend. Jedenfalls aber darf man nicht vergessen, daß die Einkommensteuer so viel Mehrertrag abwerfen muß, daß die Ertragssteuern teilweise komunalisiert werden können. Jetzt schon die Ueberweisung einreten zu lassen, ist nicht möglich, man muß erst sehen, wie die Ergebnisse der Einkommensteuer ausfallen. Vielleicht würde es sich empfehlen, die Ueberschüsse, welche bei der Einkommensteuer sich ergeben, sofort nach Art der **Huene** an die Kommunen zur Verteilung gelangen zu lassen, bis die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer wirklich erfolgt. Eine Quotifizierung der direkten Steuern ist nicht notwendig; wenn sie angewendet werden soll, so könnte dies nur nach der Höhe hin geschehen, daß besondere Zuschläge erhoben werden; aber es würde nicht zu gefast sein, daß weniger als der Normalfall erhoben wird. Einer Verkürzung des Wahlrechtes müßte vorgebeugt werden, dazu wollten keine Freunde die Hand bieten, aber nicht dazu, das Reichswahlrecht in Preußen einzuführen. Die Vorlage der Regierung erscheint nach Allem als eine geeignete Grundlage der gerechten Besteuerung. (Beifall rechts.)

Generaldirektor der direkten Steuern Burghart: Nach der eben gehaltenen Rede scheint das Dunkel, welches sich über die Vorlage gehoben zu breiten schien, wieder etwas gelichtet; namentlich scheint die gestern schon begrabene Erbschaftsteuer doch noch nicht tot zu sein. Die Vorschriften des § 84, wonach die Ueberschüsse der Einkommensteuer aufgesammelt werden sollen, bis sie zur Ueberweisung der Grundsteuer verwendet werden, sind keine besonders glänzende finanzielle Maßregel. Sie sollen nur dazu dienen, die Sicherheit zu gewähren, daß die Mehreinnahmen aus der Einkommensteuer auch wirklich zur Erleichterung auf anderen Gebieten verwendet werden. Auch die Erträge aus der Erbschaftsteuer sollen dazu Verwendung finden. Die Erleichterung der Einkommensteuer ist nur für den sehr unwahrscheinlichen Fall in Aussicht genommen, daß innerhalb der nächsten drei Jahre über die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer keine Einigung erzielt werden kann. Die Erbschaftsteuer soll auch nur dazu dienen, daß wirklich mit der Deklaration ernst gemacht wird. Die Erbschaftsteuer ist dafür die beste Kontrolle. Daß die Landräthe entlastet werden müssen, namentlich, nachdem die Invalidenversicherung zur Einführung gelangt ist, wird allseitig anerkannt werden. Es wird ihnen ein Hilfsarbeiter zur Seite gestellt werden müssen. Es ist die Befürchtung ausgesprochen worden, daß die von Minister zu ernennenden Mitglieder der Einschätzungskommission aus anderen Gründen genommen werden könnten. Das Gesetz schweigt darüber, was man freie Hand zu lassen, daß auch einmal in einen anderen Bezirk übergriffen werden kann. Herr v. **Rauchhaupt** hat bei den Kommissionsverhandlungen von 1883 selbst anerkannt, daß es nöthig sei, eine Gemeinde bei der Einschätzung nicht allein zu lassen, sondern fremde Kräfte hinzuzuziehen. Es ist von Herrn **Nidert** geltend gemacht worden, daß die Stufen zu groß sind. Aber die Stufen erleichtern die Einschätzung bedeutend. Man könnte ja die Stufen ganz beseitigen und die Steuer einfach nach Procenten des Einkommens erheben. Aber das hat man auch früher nicht gewollt. Herr v. **Rauchhaupt** hat sich als Gegner der progressiven Einkommensteuer bekannt, aber trotzdem eine Steuer bis zu 5 v. H. gefordert. Das ist sehr viel, denn wenn bei 200 oder 300 v. H. Zuschlag seitens der Gemeinde kommt man dabei schon auf 20 v. H. Es ist einmal schon ein ähnlicher Antrag gestellt worden, der von 5400 bis 20000 M. v. H. verlangte, von da ab steigende Sätze von 3/2, 4, 4 1/2 und 5 v. H. Der Antrag wurde im sächsischen Landtag von **Behl** und **Genossen** gestellt (Anrede). Wenn Herr v. **Rauchhaupt** auf diese Weise Mehreinnahmen erzielt, wozu will er sie denn verwenden? Er hat darüber keine Andeutung gemacht. Die **Wahlrecht** der Kommission hat schon mehrfach aus Regierungs-

vorlagen etwas ganz anderes gemacht und sie scheint wieder bei der Arbeit zu sein. Es ist gerade, als wenn man eine Birne mit einem stumpfen Messer schält und dann der Regierung das Kerngehäuse zurückgibt. Die Gewerbesteuer ist keine neue Ertragssteuer, sondern nur eine Reform der bestehenden für die kleinen drückenden Steuern. Ich denke, Sie werden bei der Berathung derselben darauf Rücksicht nehmen. (Beifall links, **Bischen rechts**.)

Abg. v. **Huene** (Zentr.): Ich wußte nicht, daß die Vertreter der Regierung Anlaß gehabt hätten, sich in dieser Weise über das Haus auszusprechen. (Sehr richtig! rechts.) Ich bin selbst davon nicht betroffen, denn ich bin für die Reform der Gewerbesteuer; ich muß diese Bemerkung aber machen im Namen derjenigen, die davon betroffen sein könnten. (Lebhafter Zustimmung rechts.) Im Namen der großen Mehrheit des Zentrums habe ich zu erklären, daß wir auf der Grundlage der Vorlage zur Mitarbeit bereit sind. Mit der Besteuerung der Aktiengesellschaften bin ich einverstanden, aber nicht damit, daß für die Steuerfreiheit der Standesherrn ein Termin des Aufhörens vorgeschrieben ist, aber nicht der Termin für die Feststellung der Einschätzung. In Bezug auf die Steuerfätze und die Einkommensstufen könne man sich wohl noch verständigen. Da ein besserer Weg nicht vorgeschlagen sei, müsse man die Deklaration annehmen, in welche sich die Steuerzahler auch bald finden würden. Die Neugefaltung des Einschätzungsverfahrens sei zu empfehlen, namentlich die Einführung des Steuergerichtshofes, welcher die Einmüthigkeit und Unparteilichkeit der Veranlagungen sichere. Wenn auch ein neues Wahlgesetz nicht gemacht werden kann, so muß doch das Wahlrecht der steuerfreien Klassen geschützt werden; es muß geprüft werden, ob der gemachte Vorschlag wirklich ausreicht, das bestehende Wahlrecht aufrecht zu erhalten. Die §§ 84, 85 gefallen mir nicht, die Fassung ist bedenklich. Herr von **Rauchhaupt** will sich mit seinem Vertrauen zum Minister begnügen und die Paragraphen fehlen lassen. Mit dem Vertrauen zum Minister ist es nicht gemacht. Ich habe zum gegenwärtigen Finanzminister Vertrauen, aber die Minister und alle Menschen sind sterblich, und Minister sind doppelt sterblich. Ich wünsche dem gegenwärtigen Finanzminister in beider Beziehung noch ein langes Leben, aber es muß sicher gestellt werden, daß die mehr auskommenden Gelder auch wirklich zur Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer verwendet werden. Die Erbschaftsteuer soll nur als Kontrolle der Deklaration dienen. Ist es wirklich notwendig für die wenigen Fälle, wo eine solche Kontrolle am Plage ist, eine allgemeine Erbschaftsteuer einzuführen, welche die Tendenz hat, die Erhaltung des Bestandes in der Familie zu fördern? Ein Ertrag für die Kapitalrentensteuer ist in einer Erbschaftsteuer durchaus nicht zu finden. Denn die Kapitalrentensteuer würde fortwährend gleichmäßig wirken, während beim Erbfall die Fälligkeit der Steuer vom Zufall abhängig ist. Die Gewerbesteuer soll ermäßigt werden, damit bin ich einverstanden. Schließlich noch ein Wort über die Getreidezölle. Herr **Nidert** hat von Lebensmittelsöllen gesprochen. Um Lebensmittel handelt es sich dabei nicht, sondern um Rohprodukte. (Gelächter links.) Das Getreide muß erst gemahlen und gebacken werden, ehe es ein Nahrungsmittel wird. Wenn die Getreidezölle aufgehoben werden, besteht gar keine Sicherheit, daß das Brot auch nur um einen Pfennig billiger wird. (Gelächter links; **Juruse:** Gehen Sie doch über die Grenze!) Jenseits der Grenze ist es billiger. Aber wenn wir unsere Zölle aufgeben, würde es drüben theurer werden. (Gelächter.) Die Russen müssen ihr Getreide verkaufen und unter dem Druck unserer Zölle bildet sich der Weltmarktpreis etwas billiger als sonst. Wenn unsere Zölle aufgehoben werden, werden die Russen nicht mehr so billig verkaufen, wie jetzt. (Gelächter.) Wir müssen unsere Landwirtschaft, die vaterländische Arbeit schützen, gegen das einseitige Interesse der Konsumenten und damit schützen wir auch die Arbeiter und ihre Interessen. (Nachen links, **Beifall rechts**.)

Finanzminister Miquel: Die §§ 84, 85 sind falsch aufgesetzt worden. Herr v. **Rauchhaupt** will ganz darauf verzichten, aber Herr v. **Huene** bemerkt ganz richtig, daß das bloße Vertrauen zum jeweiligen Finanzminister nicht ausreichend sei. Die Vorschriften wollen nur das Hinderniß beseitigen, welches sich vielleicht der objektiven Behandlung der Steuerreform entgegenstellen könnte. Die Vorschrift giebt dem Landtage das freie Verfügungsrecht über das, was durch die Steuerreform an Mehreinnahmen erzielt wird. Ich glaube nicht, daß die Vorschrift jemals in Kraft treten wird. Für eine andere Form, namentlich für die Quotifizierung wäre in diesem und dem anderen Hause keine sichere Mehrheit gewesen. Das Wahlrecht kann nicht bei Gelegenheit dieser Steuerreformen erledigt werden; das Wahlrecht soll gewahrt bleiben, aber diese wichtige Frage bei dieser Gelegenheit zu regeln, dazu liegt nicht die geringste Veranlassung vor. Der zur Anrechnung kommende Satz von 240 M. ist nicht zu niedrig sondern sogar reichlich bemessen, wie die der Kommission vorliegende Statistik ergeben wird. Meine Hoffnungen auf das Zustandekommen des Werkes sind infolge des Verlaufes der Debatte gewachsen. Wenn der Generaldirektor der direkten Steuern in Erinnerung an die früheren ergebnislos verlaufenen Beratungen der Kommission das Bild von der Birne gebraucht hat, die bis auf das Kerngehäuse abgeschält wurde, so hat er damit Herrn von **Rauchhaupt** und seinen Freunden nicht den Vorwurf machen wollen, daß sie nicht mitarbeiten wollen an diesem Reformwerk. Ich muß nach Herrn von **Rauchhaupt's** Ausführungen annehmen, daß er mitwirken will an der Fertigstellung dieser Vorlage. (Zustimmung rechts.) Ich hoffe, daß er auch seine Bedenken gegen die unmittelbare Reform der Gewerbesteuer fallen lassen wird, denn diese Reform ist die dringendste; es muß endlich einmal das schreiende Unrecht der Ueberlastung der kleinen Gewerbebetriebe beseitigt werden. (Lebhafter **Beifall**.)

Abg. **Enneccerus** (natl.): Ich bin mit dem Finanzminister darin einverstanden, daß das Wahlrecht bei dieser Gelegenheit nicht behandelt werden kann, daß dagegen die Gewerbesteuer dringend einer Reform bedarf. Ich will nicht darüber streiten, wer zuerst als Programm aufgestellt hat, daß die Personalsteuern für den Staat die Grundlage bilden, die Realsteuern aber den Gemeinden überwiesen werden sollen. Es ist genug, daß die Forderung von anderen Parteien auch vertreten wird. Die staatlichen Leistungen kommen allen Bürgern zu gut, deshalb kann die Staatssteuer auch nur nach der allgemeinen Leistungsfähigkeit erhoben werden, und das ist nur möglich bei der Personalsteuer. Daß die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Gemeinden ein Geschenk an die Reichen sei, trifft nicht zu. In meiner Heimath bilden die mittleren Grundbesitzer die überwiegende Mehrheit, und sie sind mit Grundsteuer und Zuschlägen dazu so überlastet, daß ihnen eine Erleichterung noth thut. Es wäre gut, wenn die Ueberweisung schon jetzt stattfinden könnte; es werden sich allerdings für den Osten gewisse Schwierigkeiten ergeben, aber sie werden sich überwinden lassen. Die gegenwärtige Finanzlage wird einer solchen Maßregel nicht entgegengestellt werden können, denn die Amortisation ist meiner Meinung nach ziemlich stark, wenn man bedenkt, daß unsere Schulden hauptsächlich aus gut rentirten Kapitalanlagen, aus den Eisenbahnbauten entstanden sind. Die §§ 84 und 85 sind, da die Quotifizierung nicht durchzuführen ist, einigermassen

ein Ersatz dafür. Die Erbschaftsteuer soll nur Erbschaften unter 1000 M. freilassen. Die daraus zu erzielende Rente ist so niedrig, daß kein Anlaß vorliegt, diese besonders zu besteuern. Man müßte der Steuer erst bei 10- oder 20000 M. anfangen lassen. Die Deklaration wird notwendig, um die Einschätzungen, wie sie jetzt an manchen Orten geübt werden, zu beseitigen. Die Vollständigkeit wird darunter nicht leiden, im Gegentheil im sozialen Interesse wird die Deklaration dahin wirken, daß die gerechtere Steueranforderung verschöndert wird. Die Deklaration soll ja auch erst bei 3000 M. beginnen, also in solchen Fällen, wo der Steuerzahler seine Verhältnisse einigermaßen übersehen kann. Ein Bedenken kann dagegen kaum geltend gemacht werden, da man in Sachsen bereits bei 1600 M. anfängt. Die Steuerfätze sind nicht richtig bemessen, es muß nach unten hin eine viel stärkere Depression eintreten. Die mittleren Einkommen müssen bedeutend mehr erleichtert werden und außerdem müßte dafür gesorgt werden, daß die Einkommen solcher Personen, deren wirtschaftliche Leistungsfähigkeit beeinträchtigt ist, geringer besteuert werden, als ihrer Höhe nach zulässig wäre, und zwar müßten dafür feste Regeln aufgestellt werden. Ich hoffe, daß dieses Gesetz der erste Schritt sein wird zu der lang ersehnten Reform unserer direkten Staatssteuern. (Beifall.)

Ein Antrag auf Vertagung wird abgelehnt.
Abg. v. **Meyer-Argnsvalde** (wildkonf.) bestreitet, daß die Vorlage überhaupt eine Ermäßigung der Steuer herbeiführt. Es werden nur sehr wenige Einkommen in der Steuer ermäßigt, sehr viele aber erhöht. Die Erbschaftsteuer ist dem Redner unpopulär, weil sie namentlich den Grundbesitz belastet, während das Kapital, welches sich bei Lebzeiten des Besitzers der Steuer entzieht, durch die Erbschaftsteuer nicht genügend getroffen wird. Die Hauptbedenken des Redners richten sich gegen die Einschätzungskommission und ihre neue Gestaltung. Die ernannten Mitglieder derselben, obgleich sie die Minderheit sein werden, werden doch das Oberwasser haben. Es wird gehen wie meist in der Ehe: Die schönere Hälfte, obgleich weniger berechtigt als die stärkere Hälfte, hat meistens die Hofen an. (Heiterkeit.) Man hat den Landtag durch die Selbstregierung kalt stellen wollen, das ist nicht gelungen; man versucht es jetzt auf dem Steuergebiete. Die Begeisterung für die Selbstregierung ist jetzt geschwunden und man befindet sich jetzt in der Katastrophensituation. Die genannten Mitglieder der Kommission werden niemals zu Gunsten des Jesuiten entscheiden. Der Kommission ist zu rathen, daß sie aus der Vorlage nur den Kern, die Deklaration, heraushebt. Wenn diese nicht angenommen wird, ist die Vorlage überflüssig und kann ja bald eine andere Vorlage gemacht werden. (Heiterkeit.)

Abg. von **Jagow** (konf.) erklärt zunächst im Namen seiner Partei, daß sie an der Fertigstellung der Vorlage mitarbeiten werde. Er ist einverstanden damit, daß die Einkommen unter 900 Mark steuerfrei bleiben sollen. Es muß aber auch die geistige Arbeit in der Steuer erleichtert werden, und das ist zu erreichen durch Ermäßigung der Steuer für die mittleren Einkommen. Wenn Herr von **Rauchhaupt** als Ersatz dafür eine höhere Heranziehung der großen Einkommen bis zu 5 Prozent Steuer angeregt hat, so ist damit nicht gesagt, daß die konservative Partei einstimmig für die 5 Prozent eintreten wird. Die Stellung des Landraths bei der Einschätzung darf nicht verschoben werden, weil der Landrath sonst die Verantwortlichkeit seines Kreises nicht genügend kennt. Die §§ 84 und 85 finden wir nicht zweckmäßig; wir wollen aber nichts Anderes an die Stelle setzen, sondern vielleicht in der Form einer Resolution die allgemeine Meinung des Hauses feststellen, damit die Regierung sich bei ihren weiteren Schritten danach richten kann. Die konservative Partei will auch, daß in erster Linie die Personalsteuer die Grundlage der Finanzen des Staates wird, daß die Ertragssteuern möglichst ermäßigt werden. Das wird infolge der Steuerreform möglich sein sowohl für die Gewerbesteuer als für die Grund- und Gebäudesteuer, indem eine Scheidung zwischen fundirtem und unfundirtem Einkommen durchgeführt wird. Die Reform der Gewerbesteuer liegt ebenfalls auf dem Wege unseres Programms, und es ist durchaus unbedenklich, daß wir es abgelehnt hätten, in die Berathung dieser Vorlage einzutreten. Um 3/4 Uhr wird die weitere Berathung bis Sonntag den 11 Uhr vertagt.

Lokales.

Die chinesische Mauer, welche der „Deutsch-Freisinn“ um sich gezogen hat, scheint er bestrebt zu sein, immer fester und unübersteigerbarer zu machen. Dies erhellt deutlich aus der letzten von uns schon gewürdigten Versammlung in Sanssouci. Als vor kurzer Zeit der große Eugen Richter in der Brauerei Friedrichshain seine Weisheit leuchten ließ, wurde schon Wochen lang vorher, natürlich mit der nöthigen Reklame, bekannt gegeben, daß der Einfluß nur gegen Karten gestattet sei, und es wurden die Ausgabestellen der Billets veröffentlicht. Demzufolge war es ermöglicht worden, daß sich eine treue ergebene, blind folgende Anhängerstaffel zusammenscharen konnte, nur etwa Hundert Sozialdemokraten hatten sich den unbesugten Eintritt in diese heiligen Hallen zu verschaffen gewußt. Es muß nun doch unsern tapfern Verehrern des Freisinn nicht aus dem Kopf gegangen sein, daß auch noch andere, als ihre Parteigenossen, die Geistesprodukte ihrer „herausragenden“ Redeführer hören und von deren nationalökonomischen Kenntnissen profitieren könnten, vielleicht fürchten sie auch die Kritik dieser Angeklarten an den dort gebrachten Lehren. Um nun also im engsten Kreise wirken und die Sozialdemokratie ungestört von Herrn Reichstagsabgeordneten Mündel aufzuffressen zu lassen, wurde nur bekannt gegeben, daß in Sanssouci eine große Volksversammlung stattfinden solle. Nichts von Karten und nichts von irgend einem anderen Hemmnis war zu finden, Einbrucher war der vierte deutschfreisinnige Wahlverein. Als nun aber die Anhänger anderer Parteien zu dieser „Volks“-Versammlung erschienen, da hieß es einfach, der Eintritt ist nur gegen Karten gestattet. Es mußten Alle, welche sich dort von der Unsinnigkeit des Zukunftsstaates überzeugen lassen wollten, wieder abgehen. Herr Mündel konnte unter seiner treuergebenen Herde neue Anhänger für den Deutsch-Freisinn der Sozialdemokratie abspänstig machen. Das ist die Bekämpfung der sozialdemokratischen Lehren mit den geistigen Waffen! Wie wir hören, war es trotzdem einigen Sozialdemokraten gelungen, dort hinein zu kommen. Zur weiteren Vermeidung einer solchen Profanation ihrer „Volks“-Versammlungen dürfte es sich empfehlen, ein peinliches Examen mit jedem Besucher vorzunehmen, zu prüfen, ob er fähig ist den heiligen Mamon verehrt und auf das ehrwürdige Manchestertum schreut.

Sie beweisen uns aber deutlich die Absperren des Deutschfreisinn. Die Herren sind zu der Erkenntnis gekommen, daß es für sie keine Zukunft mehr giebt, sie haben alle Hoffnung aufgegeben, neue Anhänger den manchesterlichen Lehren zuführen zu können, sie scheinen richtig erkannt zu haben, daß sie für die Zukunft, immer mehr nach rechts gedrängt, dereinst mit Stöcker, Kleiß-Negow und Hammerstein Hand in Hand werden

marfchiren müffen gegen den gemeinfamen Feind, die Vernunft und die Aufklärung. Ihnen gilt es jetzt nur ihren alten Stamm, fo lange wie möglich, zu halten. Es mag ihnen ja noch immer ein Miniſterium Richter, Barth, Fordanberg, vorſchweben, damit wäre ihr ſehnſüchtigſtes Streben auch erfüllt.

Das „Berliner Tageblatt“ bringt in Nr. 572 eine Zuſchrift, in welcher es heißt, daß die Regierung jetzt durch den Aufruf im „Berliner Volksblatt“: „An die Hilfsarbeiter der Behörden“ erſtlich vor die Frage geſtellt werde, ob ſie endlich den alten Forderungen der Liberalen (sic), die Lage der diätariſch beſchäftigten Bureau-Hilfsarbeiter zu beſſern, nachkommen oder der Sozialdemokratie ein weiteres Feld zur Beſtellung ihrer Saat eröffnen wolle. Also nicht Herr Singer oder die Sozialdemokratie haben ſich als die Vertreter dieſer Hilfsarbeiter gezeigt, ſondern die Freiſinnigen! Die ſich die politiſchen Parteien im Reichstag dieſer Frage gegenüber verhielten, iſt den Beteiligten durch frühere Präſapierungen bekannt. In Bezug auf die Freiſinnigen wurde ſchon früher geſagt, ſie regten zwar die Hilfsarbeiterfrage an, zeigten ſich aber gar zu geſüßig und verbindlich gegenüber dem Staatsſekretär. Daß erſt jetzt die Herren vom Freiſinn ſo kräftig ins Horn ſtoßen, trotzdem ihnen ſchon vorher wiederholt recht draſtiſche Beiſpiele willkürlicher und rückhaltloſer Ausnutzung der Hilfsarbeiter ſeitens der Behörden zur Verfügung geſtellt ſind, beſtätigt vor die Sozialdemokratie beruht. Und wenn es den Bureau-Hilfsarbeitern auch gleich ſein kann, ob die anderen Parteien aus Wohlwollen gegen ſie oder aus Furcht vor der Sozialdemokratie ihr Loos beſſern wollen, ſo werden ſie ſich doch nicht betreten laſſen und einſehen, daß einzig und allein die Sozialdemokratie ihre Intereſſen wahrhaft und nützlich vertritt. Darüber, wie ſich die Regierung in dieſer Frage verhält, bald mündlich in öffentlicher Verſammlung.

Gegenüber dem Andrang von Lungenkranken zu der königlichen Univerſitätsklinik zu Berlin in der Dorotheenſtraße 5, ſieht ſich Direktor derſelben, Geh. Medizinalrath Prof. Senator, zu folgender Erklärung veranlaßt: „Von der Univerſitäts-Poliklinik können nur ſolche an Tuberkuloſe leidende Patienten behandelt werden, welche hinreichend kräftig und widerſtandsfähig, namentlich aber im Stande ſind, ohne Schaden für ihre Geſundheit behufs Einprägung der Kochſchen Flüssigkeit an den beſtimmten Tagen nach der Poliklinik zu kommen. Auch von ſolchen Patienten kann nur eine ſehr beſchränkte Zahl in Behandlung genommen werden, d. h. nur ſoweit, als die Menge der Poliklinik neben ihrer ſonſtigen Thätigkeit im Hauſe beſuchen können, um die nach der Einprägung eintretende Reaktion zu beobachten und zu überwachen.“

Der gebildete Janhagel. Nächſtliche Paſſanten konnten vorgestern etwa um Mitternacht an der Ecke der Oranien- und Kommandantenſtraße den Ueberfall einer Nothe Nowies über eine wehrloſe, in tiefer Trauer gekleidete Frau beobachten. Dieſelbe kam raſchen Schrittes die Kommandantenſtraße lang, als eine Schaar gefahrgewaltiger und gebilligter Bourgeoisſöhne aus der Oranienſtraße einbog. Sie ſahen und ſie mit Lärmen und Loben umzingeln, das war das Wert eines Augenblicks. Ein Wächter oder Schutzmann war weit und breit nicht zu ſehen, die Straße war faſt menſchenleer, alſo konnten die „anſtändigen, ſeinen Herren“ ungeſtört ihrem Vergnügen nachgehen. Den günſtigen Augenblick ließen ſie auch nicht unbenützt vorübergehen. Rückſichtslos zerſtörten ſie die ſich vor ihren Umarmungen Wehrende von einer Seite zur anderen, riſſen ſie, als ſie ſich durch den um ſie gebildeten Kreis durchdrängen wollten, am Arm und an den Kleidern zurück in ihre Mitte. Sie ſchienen ſchließlich auch keinen Anſtand zu nehmen, ſich an der ſchulden Frau thätlich zu vergreifen, als dieſelbe ſich einige gar zu frech und zu dringlich an ſie verdrängende zurückließ. Erſt als aus der Ferne Schritte ertönten und eine Schaar von Männern, anſcheinend Arbeiter, herannahen, ließen die zukünftigen Beſchränker der Ordnung von ſeineren Inſulten ab und wandten ſich, der Tapferkeit beſſeren Theil wählend, zur Flucht, dabei konnte ſich einer der würdigen Herren nicht verſagen, der Davoneilenden nach dem nachſchlatternden Schleier zu greifen und ihn, an demſelben nach Kräften ziehend, den Hut faſt vom Kopfe zu reißen; der Schleier dürfte wohl kaum ganz geblieben ſein. Damit erreichte die widerliche Szene ein Ende. Die edlen Bourgeoislumpen zogen ihres Weges und mögen vielleicht an anderer Stelle ihr ſo jäh geſtörtes Vergnügen fortgeſetzt haben.

Ein der „Erdſtän“. Wegen eines an einem 13jährigen Knaben begangenen Verbrechens iſt vor einigen Tagen ein Freiher Herr von Schweinsberg hier verhaftet und der Staatsanwaltschaft am Landgericht 1, vorgeführt worden, welche einen Haftbeſchluß gegen den Beſchuldigten erwiſt hat.

Proletariatsloos. Athemlos und thranenden Auges kam am geſterigen Nachmittag ein eifähriger Knabe auf das Bureau des 60. Polizeireviere in der Brunnenſtraße gelaufen und berichtete dem Veuenant wörtlich: „Vieher Herr Veuenant, bitte kommen Sie gleich mit in unſere Wohnung; dort hat ſich unſere Mutter aufgehängt, weil ſie für uns Kinder nichts zu eſſen hatte. Vater iſt ſchon ſeit drei Wochen nicht mehr nach Hauſe gekommen.“ Die Recherchen ergaben leider die traurige Wahrheit; denn man fand in der Wohnung die Mutter als Leiche vor. Ihre hinterlaſſenen Kinder wurden dem Waiſenhuuſe überwieſen. In dieſen wenigen Zeilen nicht die ganze Miſere unſerer Zuſtände ausgedrückt?

Ein Kellner, Guſtav Schenk, iſt am Mittwoch Abend in dem Schlamme des Grabens an der Friedrichſtraße in Weißenſee todt aufgeſunden worden. Wie er dort hingerathen, iſt nicht aufgeklärt. Der Körper zeigt keine Merkmale einer Verwundung. Feſt ſieht nur, daß er kurz vor ſeiner Auffindung 5 M. in ſeinem Beſitz hatte und daß er etwas angetrunken geweſen iſt. Ein Berichtſtatter nimmt an, daß ein Raubmord vorliegt. Vorläufig fehlt es für dieſen Schluß an jedem Anhaltspunkte.

Unbekannter Selbſtmörder. Ein elegant gekleideter Herr brachte ſich in der verfloſſenen Nacht im Thiergarten mittelſt eines Revolvers einen Schuß in den Mund bei. Ein Schutzmann, welcher den Schuß gehört hatte und der Richtung des Knalles nachgegangen war, fand den über und über blutenden Mann noch lebend am Erdboden liegen und brachte ihn in einer ſchleunigſt requirirten Droſche nach einem nahe gelegenen Krankenhuuſe. Dort verſtarb der Selbſtmörder kurze Zeit nach ſeiner Einlieferung. Jemand welche Papiere oder ſonſtige Gegenstände, welche über die Perſönlichkeit des Lebensmüden hätten Aufſchluß geben können, fand man bei der Leiche nicht vor.

Ein Liebespärchen und zwar ein 20jähriger, angeſehlicher Fabrikant aus Oeſterreich und die 19jährige Tochter eines Beamten in Berlin, die ohne Vorwiſſen ihrer Eltern eine „Vergnügungsreiſe“ gemacht, wurden vorgestern, wie die „Hamburger Nachrichten“ melden, in Blankenſee auf telegraphiſche Veranlaſſung der Eltern des Mädchens angehalten. Bei einer Durchſuchung der Eſteten des jungen Mannes fand man zwei ſcharf geladene Revolver vor, und da in den an die Eltern gerichteten Briefen von den Liebenden ein tragischer Ausgang angedroht worden war, ſaherte man den Beringigten vorläufig in Haft. Der Vater des Mädchens traf geſtern in Blankenſee ein und nahm daſſelbe mit ſich nach Berlin.

Am Sonntag, den 23. d. M., Nachmittags 5 1/2 Uhr, wird der Genoffe Friß Runge aus der Strafanſtalt am Wögenſee, nach Abſolvierung einer Gefängnißſtrafe von 4 1/2 Monaten, entlaſſen.

Die häßliche Straßenreinigung hat ſchwere Tage hinter ſich. Das Schmutzwetter der letzten Woche hat in den Straßen Berlins eine Schlammmaſſe angeſammelt, wie ſie gleich groß noch nie beobachtet iſt, ſeitdem die Straßenreinigung von der Stadt betrieben wird. Während bei gewöhnlichem Wetter in einer Nacht in Berlin 120 Fuhrern Reſchicht zuſammengeworfen werden, fällt in der Nacht vom 13. zum 14. November die Reſchicht- und Schlammmaſſe 832 Fuhrern. Die höchſte Zahl, die vordem je

erreicht war, betrug etwas über 700. Nach dem mit den beſtehenden Unternehmern abgeſchloſſenen Vertrag muß der geſamte Reſchicht einer Nacht bis 8 Uhr früh abgefahren ſein, widrigenfalls pro Viertelſtunde Verſpätung eine Strafe von 5—10 Mark eintritt. Die Geſamtvorſpätung in der Abfuhr der Reſchichtmaſſen jener Nacht betrug 225 Viertelſtunden, die Verwaltung hätte ſomit bis 2250 M. Strafe erheben können, hat aber in Hinblick auf die Außergewöhnlichkeit des Falles davon abgeſehen. Auch in der Nacht vom 14. bis 15. Novbr. wurden noch 692 Fuhrern zuſammen gebracht und erſt in der darauf folgenden Nacht iſt dieſe Zahl wieder auf 200 zurückgegangen.

Polizeibericht. Am 20. d. M. wurde ein Mann in ſeiner Wohnung, in der Landſbergerſtraße, todt aufgeſunden. Er hat ſich anſcheinend mittelſt Kleeſalzes vergiſtet. — Vormittags verſuchte eine Kellnerin in ihrer Wohnung, in der Holmannſtraße, ſich zu vergiſten. Sie wurde noch lebend nach der Charitee geſchleppt. — Nachmittags wurde eine Frau, als ſie mit ihren beiden kleinen Kindern an der Ecke der Breſtauer- und Andreaſſenſtraße den Fahrſtamm überſchreiten wollte, von einem Geſchäftswagen überfahren und erlitt anſcheinend ſo ſchwere innere Verletzungen, daß ſie nach dem Krankenhuuſe am Friedrichshain gebracht werden mußte. Die Kinder blieben unverletzt. — Abends ſchoß ſich ein unbekannter, etwa 40 Jahre alter Mann auf dem Schinkelplatz mittelſt eines Revolvers in den Mund. Schwer verletzt wurde er nach der Charitee gebracht. — Zu derſelben Zeit ſprang ein Dienſtmädchen am Schinbaurdamm in die Spree, wurde jedoch noch lebend aus dem Waſſer gezogen und nach dem Krankenhuuſe Noabit überführt. — Nachmittags fanden fünf kleinere Brände ſtatt.

Gerichts-Beitung.

Die Heldenthaten des Grafen Kleiſt vom Loß. Die Gewaltthaten des Grafen Kleiſt vom Loß unterlagen heute der Prüfung der I. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorſitz des Landgerichtsdirektors Schmidt. Die Verhandlung fand im großen Schönrgerichtsſaale vor zahlreichen neugierigen Zuſchauern ſtatt. Auf der Anklagebank ſaßen der Fideikommiſſ- und Mittergutsbeſitzer Graf Bogiſlav Alois Leopold Boris Kleiſt vom Loß ſelbſt zu nehmen. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Unger. An Zeugen ſind 16 Perſonen zur Stelle, ſerner ſechs Sachverſtändige: prakt. Arzt Dr. Wagner, Geh. Sanitätsrath Dr. Lewin, Medizinalrath Dr. Long, Sanitätsrath Dr. Döring, Dr. med. Gumbiner und Sanitätsrath Dr. Mittenzweig. — Die Anklage lautet auf gefährliche Körperverletzung in zwei Fällen, in dem einen Falle auch mittelſt des Lebens gefährdender Behandlung und unter Anwendung eines Meſſers oder eines anderen ſpizigen Werkzeuges.

Zur Angeklagte giebt an, daß er 1863 zu Dresden geboren ſei, zuletzt Sekondlieutenant war und am 2. September 1890 mit ſchlimmem Abſchied entlaſſen worden iſt. Er iſt ſchon wegen gefährlicher Körperverletzung mit 600 M. oder 50 Tagen Gefängniß vorbeſtraft. Er iſt der Inhaber des Loßſchen Fideikommiſſes, welches aus dem vorigen Jahrhundert ſtammt und Güter im Königreich Sachſen umfaßt. Ebenſo beſitzt er Güter in der Provinz Sachſen und Brandenburg. Auf die allgemeine Frage des Vorſitzenden, was er zu der Anklage ſage, erklärt der Angeklagte, daß er die Thatſachen an ſich zugebe, aber ein „ſpiziges Werkzeug“ nicht angewendet habe. Präſ.: Es werden Ihnen zwei Strafthaten zur Laſt gelegt. Die eine ſoll am Abende des 28. Auguſt von Ihnen begangen ſein, wo Sie im Engliſche Buffet in der Paſſage ohne jede Veranlaſſung einen Herrn Emberg auf's Brutalſte gemißhandelt und ihm zwei Zähne ausgeſchlagen haben ſollen. Der zweite Vorfall ſoll ſich in der Nacht zum 14. September abgeſpielt haben. In jener Nacht ſoll der Restaurateur Albers Ihr Opfer geworden ſein. Sie ſollen von demſelben verlangt haben, daß er Sie durch ſein Lokal hindurch nach dem Hotel gehen laſſen ſollte, wo Frau Martens logirte. Als Sie Herr Albers nach dem Zimmer 24 begleitete, ſollen Sie ihm plötzlich einen Hauſchlag ins Geſicht gegeben haben, ſo daß der Verletzte einen bedeutenden Blutverlust erlitt. Es ſcheint auch, als ob Sie ein Meſſer in der Hand hatten, denn Albers hat an der rechten Seite der Naſe eine Wunde mit ſcharfen Mändern gehabt. Danach ſollen Sie ihn ergriffen, ihm die Fauſt unter das Kinn geſtoßen und verſucht haben, ihn in das Zimmer 24 hineinzujagen. Albers hat ſich losgeriſſen und iſt die Treppe hinabgelaufen. Sie ſollen ihm gefolgt ſein, dann ſoll Albers von Ihnen plötzlich einen furchtbaren Stoß erhalten haben, ſo daß er über das niedrige Geländer ſtürzte und in einer Höhe von etwa 17 Stufen hinab fiel und unten auf den Steinſtufen liegen blieb. Was haben Sie dazu zu ſagen? Iſt das wahr? Angekl.: Ich beſtreite, daß ich bei dem Vorfall etwas in der Hand gehabt habe. Ich behaupte mit Beſtimmtheit, nicht geſtoßen zu haben und nicht hinter Albers hergelaufen zu ſein. Vielleicht kann ich ihm einige Schritte nachgegangen ſein, aber keinesfalls habe ich geſtoßen. Uebrigens hatte ich nicht den geringſten Grund, Herrn Albers feindlich zu ſein und weiß überhaupt nicht recht, was ich gethan habe, da ich zu aufgeregert war. Präſ.: Waren Sie denn an jenem Abend betrunken? Angekl.: Ich war vollſtändig nüchtern. Präſ.: Dann iſt es um ſo merkwürdiger, daß ein Mann in Ihrer Stellung ſolche Szenen aufführen kann. Angekl.: Die Erklärung liegt nur darin, daß ich ſeit dem Frühjahr 1886 ſehr viel Kolaſin genoß. Ich litt inſolge deſſen an Wahnvorſtellungen und habe ſchließlich manchmal täglich zwei Flaſchen Kolaſin verbraucht. Präſ.: Sie bleiben alſo dabei, daß Sie den Albers nicht mit dem Fuße geſtoßen haben? Angekl.: Ja wohl. Im übrigen war ich ſehr aufgeregert, weil Herr Albers behauptet hatte, daß ich Frau Martens früher einmal mit einem Stoß geſchlagen habe, was aber nicht wahr geweſen. Nun ſah ich Albers plötzlich mit einem blitzenden Meſſer vor mir ſtehen. Präſ.: Das haben Sie biſher aber noch niemals behauptet, das iſt etwas ganz Neues. Angekl.: Ich habe nachher die Ueberzeugung gewonnen, daß ich wieder das Opfer einer Wahnvorſtellung geworden war und ich habe mich geſchämt, davon Mittheilung zu machen. Präſ.: Sie ſagen, Sie ſind in Dresden geboren. Was war Ihr Vater? Angekl.: Mein Vater war Geſandter in Rom. Präſ.: Wo ſind Sie erzogen? Angekl.: Mein Vater ſtarb 1869, ich kam dann zu einem Bruder meines Vaters, genoß dann drei Jahre Privatunterricht und kam auf's Joachimsthalſche Gymnaſium, welches ich von Tertina an durchmachte. Präſ.: Sie haben auch das Abiturienteneamen gemacht. Mit welchem Prädikat? Angekl.: Mit dem Prädikat „recht befriedigend“. Präſ.: Wie geſtaltete ſich dann Ihr Leben? Angekl.: Ich lebte ein halbes Jahr in Genf und Meran und trat am 1. Mai 1882 bei dem Militär ein. Ich diente zueiſt bei den Gardes du Corps, dann bei den 10. Hularen in Albersleben, kam dann wieder zu den Gardes du Corps, ſchließlich zu den 12. Hularen in Merſeburg und kam dann in die Reſerve und Landwehr. Präſ.: Weſhalb ſind Sie mit ſchlimmem Abſchied entlaſſen worden? Angekl.: Wegen der Gewaltthätigkeit, für welche ich beſtraft worden bin. Präſ.: Sie ſagen, Sie haben übermäßig Kolaſin genoſſen; wie ſind Sie dazu gekommen, ſich dies anzugewöhnen? Angekl.: Ich reiſte einmal von Paris nach Niſa und mußte dann in Geſchäften nach Petersburg. Infolge des plötzlichen Klimawechſels bekam ich den Keuchhuuſten, verlor vollſtändig die Stimme und mußte Einpfeiflungen mit Kolaſin machen. Dadurch habe ich mich ſo daran gewöhnt, daß ich oft das Kolaſin in die Hand goß und durch die Naſe einſog. Präſ.: Woher kommt die Aufregung, in welcher Sie ſich angeblich häufig befinden haben ſollen? Angekl.: Ich hatte ſehr vielen Kummer. Präſ.: Sie ſollen auch ein ſehr loederes Leben geführt haben? Angekl.: Das muß ich zugeben. Der Angeklagte giebt dann eine längere Darſtellung ſeines körperlichen und geiſtigen Zuſtandes. Er habe ſortgeſetzt an Schlaf-

loſigkeit gelitten und ſei direkt von Wahnvorſtellungen gequält worden. Er glaubte durch die Wände hindurch ſehen zu können, daß Frau Martens, mit welcher er ein Verhältniß unterhielt, ſich mit ſeinem Diener über ihn luſtig machte. Manchmal ſei es ſo toll geworden, daß er von ſeiner Wohnung, Noabit Nr. 134, nach dem Monopolhotel, wo Frau Martens logirte, ſtürzte, um ſich dann ſofort zu überzeuhen, daß er wieder Wahnvorſtellungen gehabt habe. Präſ.: Das mag ja Alles richtig ſein. Sie ſind eben unſagbar eiferſüchtig geweſen und waren an ein ſchrankenloſes Leben gewöhnt. Darum braucht man aber noch nicht geiſteskrank zu ſein. Angekl.: Ich glaube lieber nicht, daß ich geiſteskrank bin, aber ich habe inſolge des Kolaſins ſo viele Wahnvorſtellungen, daß ich oft glaube, die Leute beleidigen mich, oder wollen auf mich losgehen. Damit iſt das Inquifitorium des Angeklagten beendet.

Präſ. (zum Angekl.): Ich werde Ihnen nun zunächſt vortragen, wie die Anklage den erſten Vorfall ſchildert. Am Abend des 28. Auguſt gegen 11 Uhr beſuchte Sie das Engliſche Buffet in der Paſſage. In Ihrer Beſuchſchaft beſand ſich noch ein Herr, mit dem Sie an einem der kleinen Tiſche in der Nähe des Buffets Platz nahmen. Nicht weit von Ihnen ſaßen drei Herren an einem anderen Tiſche. Sie ſollen nun ohne irgend eine Veranlaſſung dieſe Herren durch Geiſten, Bewegungen, Luſtſpeißen u. ſ. w. zu einem Streit haben reißen wollen, die Herren ſind aber ruhig geblieben. Dann ſollen Sie auf einen der drei Herren, den Restaurateur Emberg, losgegangen ſein und die Frage in brüſtem Tone an ihn gerichtet haben: „Wie heißen Sie?“ Herr Emberg hat ruhig ſeinen Namen geſagt. Dann haben Sie weiter gefragt: „Sind Sie ſatiffaktionsfähig?“ Herr Emberg erwiderte: „Ich habe Ihnen ja meinen Namen genannt“. Nun ſollen Sie ſo erregt worden ſein, daß Sie ihm die Zigarette ins Geſicht warfen und ihm einen gewaltigen Schlag, einen ſogenannten Vorſchlag zwifchen die Augen gegeben haben. Emberg ergriff Sie nun allerdings und drückte Sie auf's Sopha nieder. In dieſem Augenblicke traten der Wirth, Herr Siemens und die beiden Begleiter Embergs dazwiſchen und verhinderten weitere Thätlichkeiten. Während Emberg und Siemens ſich über die Uraſache des Streites unterhielten und ſich einander gegenüber ſtanden, ſollen Sie nun hinter Emberg getreten ſein und ihm hinterwärts eine ganze Anzahl Schläge ins Geſicht verſetzt haben. Emberg ſoll dadurch ein ganz verſchmolzenes Geſicht erhalten und zwei Schneidezähne verloren haben. Iſt dieſe Darſtellung richtig? Angekl.: Nein, nicht ganz. Vorſ.: Dann erzählen Sie den Vorfall nach Ihrer Auffaſſung. Angekl.: Ich beſand mich in ziemlich erregter Stimmung, als ich das Engliſche Buffet betrat. In dieſem Zuſtande glaube ich zu hören, daß die drei in unſerer Nachbarschaft ſitzenden Herren eine beſchimpfende Aeußerung über uns machten. Die Herren ſahen mir ſo anſtändig aus, daß ich glaube, ſie hätten ſtudirt, und deshalb wollte ich von ihnen Genugthuung haben. Ich fragte nach ihrem Namen, um ſie zu fordern. Herr Emberg nannte dieſe Namen, die beiden anderen Herren verweigerten mir ihre Namen und nun wurde ich ſo erregt, daß ich die Zigarette fortwarf und Herrn Emberg einen Schlag ins Geſicht verſetzte. Herr Emberg ſchlug mich mit einem Stoß über den Kopf und halb betäubt wurde ich von ihm auf's Sopha niedergebückt. Wir ſprangen beide wieder auf, weil der Wirth dazwiſchen trat. Hinter dem Leſetieren ſtand der Kaufmann Dorn, der mir über die Schulter des Wirths hinweg mit ſeinem Knickſtock einen Schlag über den Kopf verſetzte, das ich taumelte. Ich beſchwerte, daß ein allgemeiner Angriff gegen mich ſtattgefunden würde, und ſchlug deshalb wieder auf den mir zunächſt ſtehenden Emberg ein. Die Frage des Vorſitzenden, ob der Angeklagte betrunken geweſen ſei, wird von demſelben verneint.

Die Beweisnahme des Falles Emberg beginnt mit der Vernehmung des Zeugen Emberg. Derſelbe beſagt die Frage des Präſidenten, ob er nicht den Strafantrag gegen den Angeklagten zurückgezogen habe. Als Grund giebt der Zeuge an, daß Graf Kleiſt ihm um Verzeihung gebeten und Reue gezeigt habe. Präſ.: Haben Sie eine Entſchädigung von ihm erhalten? Zeuge: Nein, nur ſo viel wie ich für Kurloſen zu verlangen hatte. Ich habe abgelehnt, etwas zu nehmen, was ich vielleicht hätte haben können. Der Zeuge giebt nun ſeinerſeits eine Schilderung des Vorfalls, die der Darſtellung der Anklage entſpricht. Der Zeuge erklärt ferner, daß er den Grafen Kleiſt ſchon ſeit mehreren Jahren von Anſehen kenne, derſelbe liebe es, „gymnaſtiſche Uebungen zu machen“ und beſonders die Weine ſich über den Kopf hoch zu ziehen. Zeuge Maurermeister Wunz, über den gemeinſam mit Emberg das Engliſche Buffet beſucht, giebt auf Befragen ebenfalls zu, daß er ſeinen Strafantrag wegen Verletzung zurückgezogen habe. Er hatte denſelben urſprünglich geſtellt, weil Graf Kleiſt ihn beſchimpft habe, als der Zeuge ihm ſeinen Namen verweigerte. Schon ehe Emberg nach ſeinem Parteigange zurückkehrte, hatte der Zeuge ſich bei der Buffetdame über das ſonderbare Benehmen des Tiſchnachbarn beſchwert und dann die Antwort erhalten: „Um Gottes willen machen Sie keine Beſchwerden, es iſt der berühmte Graf Kleiſt.“ Die Beſchwerden des Zeugen, ſowie der nachfolgenden, des Kaufmanns Dorn und des Inhabers und des Geſchäftsführers in dem erwähnten Lokale, bringen nichts Neues.

Es folgt die Zeugenvernehmung in dem zweiten Fall. Angeklagter: Herr Präſident, ich vermuſe, daß Herr Albers bei dieſem Verhör eine Brille aufgehakt hat und daß die Vernehmung, welche er am Auge gehabt, von dem Brillenglas herrührt, denn ich habe auch eine Wunde am Ringfinger gehabt. Präſ.: Wir werden Herrn Albers danach fragen.

Erſte Zeugin iſt Frau Martens, welche erklärt, daß ſie von ihrem in Amerika weilenden Manne noch nicht geſchieden ſei. Sie verweigert eine Beantwortung der Frage, ob ſie zu dem Grafen Kleiſt in näheren Beziehungen ſteht. Als ſie an dem verhängnißvollen Abend aus dem Zimmer trat, um den Angeklagten einzulaffen, habe ſie einen Mann den ſie nicht gekannt, vor demſelben geſehen, welcher behauptete, daß der Graf ſie mit einem Stoß geſchlagen habe. Sie habe ſofort geſagt, daß dies nicht wahr ſei, der Graf ſei aber ſo erregt geweſen, daß er dann Fremden einen Schlag ins Geſicht gab. Der letztere ſei dann auf die Treppe hinabgerannt, der Angeklagte ſei ihm gefolgt und ſie habe noch ein Wort wie „Mitwief“ gehört. Dann ſei ſie vor Angst in ihr Zimmer zurückgegangen. Was weiter poſſirt, wiſſe ſie nicht. Präſident: Sie haben Herrn Albers gegenüber beſtritten, daß Sie der Angeklagte einmal mit einem Stoß geſchlagen. Wie es ſcheint, iſt dieſe Thatſache aber doch richtig. Sie müſſen uns darüber hier die Wahrheit ſagen. Zeugin: Es war eines Abends, als der Graf Kleiſt ſehr aufgeregert war. Er wurde durch einen Wahnſpruch meinerſeits ſo gereizt, daß er mir eine Ohrfeige gab. Präſ.: Iſt es nicht auch vorgekommen, daß Sie der Angeklagte mit einem Stoß über den Kopf ſchlug und Sie mit dem Fuße vor den Leib getreten hat? Zeugin: Letzteres kann ich nicht beſtreiten. Präſ.: Angeklagter, Sie hören nun, daß Frau Martens ſelbſt zugiebt, daß Sie dem entſprechenden Albers nachgegangen ſind. Ich fordere von Ihnen eine beſtimmte Erklärung, wie ſie in dieſer Beziehung ſteht. Angekl.: Ich weiß es wirklich nicht mehr. Präſ.: Sie müſſen doch wohl auch zugeben, daß Sie das Betreten des Paſſagehotels, wo Frau Martens zuletzt geweſen iſt, unterſagt worden iſt. Angekl.: Ich kann nur ſagen, daß ich einen ſolchen Brief entweder nicht erhalten oder nicht geſehen habe. Der Zeuge Albers ſchildert den Auſtritt ganz in dieſer ſchon oben angegebenen Weiſe. An dem betr. Abend ſei der Graf Kleiſt, welcher das Paſſage-Hotel wegen vorgekommener Ruheſtörungen nicht mehr betreten durfte, in ſeinem Restaurant erſchienen und habe ihn gebeten, ihn hindurchzulaffen, da er die Frau Martens beſuchen wolle. Er habe ihn dann aufmerkſam gemacht, daß er dies nicht dürfe, weil er ſchon einmal „Madam“ gemacht und nach der Mittheilung des Paſſageſieners vom Hotel die Dame mit dem Stoß über den Kopf geſchlagen habe. Der Graf habe darauf aber ganz freundlich erwidert: „Kommen Sie doch mit nach oben, ich ſpreche mit“

Zumeist nur ein paar Worte. Er sei dann auch in Begleitung des
Knecht Albrecht dem Grafen gefolgt und als Frau Martens
den die Thür geöffnet, habe der Graf zu ihm gesagt: „Bitte
kommen Sie mal her!“ Er sei auch, nichts ahnend, näher ge-
treten und der Graf habe die Dame gefragt, ob er
Madam gemacht oder sie schon einmal geschlagen habe.
Frau Martens dies verneint, habe der Angeklagte
geantwortet: „Sie Mistvieh Sie!“ und unmittelbar darauf
habe er ihm einen wuchtigen Boxer ins Gesicht ge-
geben. Der Hieb war sehr schmerzhaft, der Graf
habe noch mehrere Male zugeschlagen, und als er sich durch Vor-
halten der Hand dagegen schützte, sei ihm sein Diamantring vom
Finger gefallen. Er habe kolossal viel Blut verloren und sei
etwas getaumelt. Da habe ihn der Graf gepackt und versucht,
ihn nach dem Zimmer 24 hinzuziehen, er habe sich jedoch los-
gerissen und sei die Treppe hinabgerannt. Möglicherweise habe er von
einem furchtbaren Stos erhalten, so daß er über das
Treppeengeländer auf die Steinfliesen hinabstürzte. Er habe sich
nur mühsam in sein Restaurant schleppen können und sei dann
nach der Sanitätswache gebracht worden, wo ihm der Arm, auf
welchen er gefallen, und die Nase verbunden wurde. Er
sei wochenlang krank gewesen, jetzt aber ziemlich wieder
hergestellt, bis auf eine Schwäche im Arm und eine sich
deutlich machende große Vergesslichkeit. Der An-
geklagte habe ihm inzwischen eine Entschädigung von
5000 M. gezahlt. Eine Brille oder einen Kratzer habe
er bei dem Vorgange nicht getragen, es sei auch nicht wahrscheinlich,
daß der Angeklagte den Diamantring an seinem Finger für ein
bleibendes Messer gehalten haben könne. Zeuge Albrecht, der
dann vernommen wird, bekundet, daß er sich in jener Nacht als
Gast in der Bierhalle von Albers befunden habe, als Graf Kleist
hineinkam und mit dem Wirth ein Gespräch führte, dessen An-
fang der Zeuge nicht gedenkt hat. Er hörte nur, wie Graf Kleist
sagte: „Kommen Sie doch mit hinaus.“ Der Zeuge ist dann
auch die Treppe mit hinaufgegangen in der Reihenfolge, daß
Graf Kleist voranging, Albers folgte ihm, und den Schluss
machte der Zeuge. Der Letztere war bis auf den ersten Treppen-
absatz gelangt, als Graf Kleist und Albers schon auf dem
zweiten Treppenabsatz vor dem Zimmer 24 angekommen
waren. Jetzt hörte der Zeuge, wie Graf Kleist an
Albers die Frage richtete: „Haben Sie es gesehen?“ Albers er-
widerte: „Jawohl“, und nun hieb der Graf denselben ins Gesicht.
Der Zeuge hat sich so gesüchelt, daß er sofort kehrt machte und
die Treppe hinunter rannte, er hörte gleich darauf einen dumpfen
Fall, und als er unten ankam, fand er Albers schon auf den
Fliesen liegen. Derselbe rief: „Hilfe! Hilfe!“ Der Zeuge hat
versucht, ihn aufzuheben, ist dann aber ins Lokal gelaufen und
hat Bestand geholt. Als er mit anderen Gästen wieder den Flur
betrat, wankte Albers ihnen schon entgegen. Sein Gesicht war
blutüberströmt und er konnte sich nicht auf den Beinen halten.
Man schaffte ihn zur Sanitätswache, wo ihm die erste Hilfe zu
Theil wurde. Hausdiener Würschel wird über einen früheren Vor-
fall vernommen, als Graf Kleist im Passage-Hotel eine lärmende
Szene aufgeführt hat. Der Zeuge bekundet, daß etwa Anfangs Sep-
tember gegen 12 Uhr Nachts die Hotelglocke gezogen wurde. Er
sah einen Herrn draußen stehen, der der Thür den Rücken zuehrte,
so daß der Zeuge ihn von innen nicht zu erkennen vermochte. Als
die Thür offen war, erkannte der Zeuge in dem Eintretenden den
Grafen Kleist, der mit den Worten, daß er zu Frau Martens
wolle, die Treppen hinauf eilte. Der Zeuge verschloß die Thür
wieder und ging auch nach oben. Er hörte unterwegs Siferuse
die aus dem Zimmer 24 kamen. Er ging hinein und sah den
Grafen Kleist und Frau Martens in höchst erregtem Zustande sich
gegenüberstehen. Der Zeuge fragte, was das für ein Standa-
sehe, worauf Frau Martens sagte: „Er hat mich geschlagen!“ Graf
Kleist habe gesagt: „Das ist nicht wahr“ und nun habe Frau
Martens die Hand des Zeugen genommen und sie gegen ihren
Kopf geführt, wo der Zeuge eine bedeutende Beule fühlte. Der
Zeuge erklärte, daß Graf Kleist sich zu entfernen habe, widrigen-
falls er Polizei holen müsse. Frau Martens habe sich ins Neben-
zimmer begeben, aber noch erst vom Grafen Kleist eine Ohrfeige
und einen Fußtritt erhalten; der Letztere habe sich auch entfernt
und der Zeuge sei ihm gefolgt, um ihm die Thür zu öffnen.
Vor dem Hinausgehen habe Graf Kleist zu ihm gesagt: Sie
haben nichts gesehen! Der Zeuge hat seinem Brotherrn
von diesem Vorfall Mittheilung gemacht und erfahren, daß
derselbe dem Grafen Kleist brieflich das Betreten des Hotels ver-
boten habe.

Zeuge Winter war ebenfalls Gast im Albers'schen Lokale,
als der Inhaber desselben mißhandelt wurde. Nachdem man den
Schwerverletzten hineingetragen, hat derselbe den Zeugen gebeten,
nach seinem Diamantring zu suchen, der vor dem Zimmer 24
liegen müsse. Beim Suchen nach dem Ringe hat der Zeuge be-
merkt, daß die Blutspuren vor dem Zimmer 24 anfangen, über
die zweite Treppe und den Treppenabsatz zu verfolgen waren
und bei den ersten Stufen der untersten Treppe aufhörten.

Der Pächter des Passage-Hotels, der daraus vernommen
wurde, bekundet, daß nach dem Vorfall eine ganze Anzahl
mit Stöcken bewaffneter Menschen auf dem Flur zum
Vordereingange die Rückkehr des Angeklagten erwarteten, um ihn
zu jähigen. Der Zeuge hat sich ins Zimmer 24 begeben und
dem Grafen Kleist von der ihm drohenden Gefahr Mittheilung
gemacht mit dem Rathe, das Hotel durch die Hintertreppe zu
verlassen. Der Graf habe sich anfangs hiergegen gesträubt, habe
dann aber doch den Bitten der Frau Martens Gehör
gegeben und bei seinem Weggange die Hintertreppe benützt.

Dr. med. Döring hat den Restaurateur Albers behandelt.
Er hob zunächst hervor, daß sämtliche Verletzungen in äußerst
günstiger Weise geheilt worden seien. Albers habe eine
einige Zentimeter lange und ziemlich tiefe Wunde in dem inneren
Winkel des rechten Auges gehabt, seiner Ansicht nach sei die
Wunde aber nicht mittelst eines Instrumentes entstanden, sondern
durch einen Ring oder durch einen Fingerringel des Angeklagten.
Die ganze rechte Seite des Verletzten habe durch den Fall auf
die Fliesen gelitten. Die rechte Seite des Gesichts sei geschwollen
gewesen, ebenso der rechte Arm und die rechte Hüfte. Außerdem
hätten sich an verschiedenen Körpertheilen durch den Fall her-
vorgehende blutunterlaufene Stellen befunden.

Zeuge W a r n e c k e, der Diener des Angeklagten, bekundet,
daß der Letztere sehr nervös und außerordentlich heftig war. Derselbe
krank sehr viel, als aber wenig und sah öfters Gestalten,
welche nicht vorhanden waren. Der Graf hat sehr viel Kokain
genossen und ihm mehrmals erzählt, daß er glaube, von dritten
Personen verhöhnt zu werden, ohne daß dies thatsächlich der
Fall war. Kurz vor dem Albers'schen Renkontre hat sich der
Graf so ekleb gefühlt, daß er ihn gedeten habe, ihn in die Klinik
des Sanitätsraths Bergholz zu bringen.

Restaurateur Stränge, früher Kutscher und Diener des
Angeklagten, bestätigt seinerseits die Wahrnehmung des Vorgesagten.
Der Graf sei sehr hitzigen Temperaments, namentlich wenn er
etwas getrunken hat, sonst war er stets sehr gut. Auch dieser
Zeuge weiß, daß der Angeklagte sehr viel Kokain ge-
nosssen hat.

Zeuge H e i n r i c h bekundet einen Vorfall, wo der Angeklagte
auf dem Bahnhalt Bahnhof erschienen ist und nach der Frau
Martens gesucht hat, indem er behauptete, daß er dieselbe mit
einem Herrn habe dorthin fahren sehen. Zweifelloß habe es sich
aber um eine Wahnvorstellung des Grafen gehandelt.

Nach kurzer Pause folgt die Vernehmung der medizinischen
Sachverständigen.

Dr. med. W a g n e r hat dem Angeklagten mehrfach behan-
delt. Schon im Sommer v. J. habe er bei demselben große
Aufregung wahrgenommen und Symptome eines Zustandes, welchen
er nachher sehr ausgeprägt vorgefunden. In diesem Jahre sei er
am 21. August zu dem Grafen gerufen worden und habe bei
denselben Wahnvorstellungen, Gedächtnisschwäche und überaus
große Erregung festgestellt. Es seien dies zweifellos Folgen
eines ausschweifenden Lebens und überreichen Kokaingenusses ge-

wesen. Wenn der Angeklagte bei der That auch nicht ganz un-
zurechnungsfähig gewesen sein mag, so könne man doch wohl
sagen, daß sein Wille bedingt unfrei war.

Geheimer Sanitätsrath Dr. L e w i n, der Gefängnisarzt, hat
den Angeklagten zweimal zu beobachten Gelegenheit gehabt. Bei
seiner Einlieferung ins Gefängnis hat er sich brutal gegen die
Gefängnisbeamten und seine Stellvertreterinnen benommen,
hat die ihm verordnete Medizin zu nehmen verweigert und
mehrfach über Sinnesstörungen geklagt. Als er dann
im September aus der Heilanstalt in Pantkow wieder ein-
geliefert worden, haben sich die Sinnesstörungen nach und nach
verloren und sein Zustand hat sich allmählig gebessert. Nach
seinen Beobachtungen ist der Vocfall mit dem Restaurateur
Albers durch gewisse erbliche Veranlagungen, durch ein wildes
Leben und Mißbrauch von Alkoholis und Kokain mittel-
bar veranlaßt, indem er dadurch zu Mißhandlungen, Ab-
spannung, Wahnvorstellungen und Exzentrizitäten heroverruft.
Dies sei bei dem Grafen Kleist auch der Fall, welcher zwar von
Sinnesstörungen und Wahnideen gequält worden sei, aber doch
nicht die geistige und körperliche Depravation zeige, wie sie bei
solchen Leuten austritt, welche Mißbrauch mit Kokain treiben.
Nach seiner bestimmten Ansicht ist bei der That in der Nacht vom
18. zum 14. September das Bewußtsein des Angeklagten nicht so
gestört gewesen, daß die freie Willensbestimmung desselben im Sinne
des § 51 ausgeschlossen erscheint. Trotzdem wolle er doch sagen, daß man
es bei dem Angeklagten mit einem Manne von leidenschaftlicher
Gemüthsregung und gewisser erblicher Veranlagung zu thun hat,
bei welchem das Bewußtsein und der Geist nicht in derselben
Kraft hat wirken können, wie bei einem gesunden Menschen.
Durch Ausschweifungen in Bacht und Veneri sei derselbe in einen
Zustand gerathen, daß ihm bei der Beurtheilung der hier in
Frage stehenden Thaten immerhin eine verminderte Zurechnungs-
fähigkeit zugebilligt werden muß.

Aus dem Gutachten des Sanitätsraths Dr. Mittenzweig ist
zu erwähnen, daß Graf Kleist während seines kurzen Aufent-
halts in der Richter'schen Anstalt zwei Mal an Wahn-
vorstellungen gelitten hat, die zweifellos die Folge von
überreichlichem Kokaingenuss und Ausschweifungen der ver-
schiedensten Art waren. Im ersten Falle der Anklage hält
der Sachverständige es für zweifellos, daß der Graf Kleist von
Sinnesstörungen befangen war, ein anderes Urtheil müsse er
aber in Betreff des zweiten Falles abgeben, es liege kein An-
zeichen vor, daß der Geist des Angeklagten damals so krank-
haft gestört gewesen, daß seine freie Willensbestimmung aus-
geschlossen war.

Sanitätsrath Dr. Long schloß sich diesem Gutachten an.
Staatsanwalt U n g e r: Es handele sich im vorliegenden
Falle um zwei Akte großer Rohheit und Brutalität. Daß
es zufälliger Weise ein Graf sei, der die Anklagebank
einnehme, komme bei der Beurtheilung der Thaten
gar nicht in Betracht. Der Angeklagte sei ein Mann, der
eine gute Erziehung genossen und beim Militär ausreichend Ge-
legenheit gehabt habe, sich zu zäheln und den nöthigen Takt an-
zuziehen.

Gerade die zweite That erfordere eine möglichst ener-
gische Anwendung des Strafgesetzes. Wenn dem Angeklagten
auch eine gewisse geistige Schwäche nicht abgesprochen werden
solle, so müsse er doch für seine Thaten verantwortlich gemacht
werden. Das öffentliche Rechtsbewußtsein erfordere eine strenge
Sühne und könne zu Gunsten des Angeklagten nur
angeführt werden, daß derselbe infolge des Kokain-
genusses und seiner sonstigen Ausschweifungen weniger
Widerstandsfähigkeit gegen verbrecherische Neigungen besitze, wie
ein geistig nicht geschwächter Mensch. Bei diesem Punkte müsse
aber andererseits hervorgehoben werden, daß der Angeklagte
seinen kränklichen Geisteszustand selbst verschuldet habe. Der
Staatsanwalt beantragt wegen des Falles Emberg z w e i, wegen
des Falles Albers n e u n Monate Gefängnis, die auf z e h n
Monate Gefängnis als Gesamtsstrafe zusammenzusetzen
sein dürften. Ferner bringe er in Antrag, hierooon zwei Monate
durch die erlittene Untersuchungshaft in Abrechnung zu bringen.

Der Verteidiger stellte dem Angeklagten als ein Opfer
des Kokaingenusses dar, der trotz seiner an den Tag gelegten
Rohheit nicht zur Verachtung, sondern zum Mitleid herausfordere.
Ferner führte der Verteidiger aus, daß Graf Kleist mindestens
im Falle Emberg nicht zurechnungsfähig gewesen. Er bitte die
Strafe so zu bemessen, daß sie durch die erlittene Untersuchungs-
haft für verhängt erachtet werden könne und schliesse hieran den
Antrag, den Angeklagten aus der Haft zu entlassen.

Bei der Urtheilsverkündung führt der Präsident, Land-
gerichts-Direktor Schmidt etwa Folgendes aus: Man habe in
dem Angeklagten einen sogenannten „schneidigen“ Herrn aus den
höheren Kreisen vor sich, welcher mit einer Art Mißachtung auf
dieser Leute blicke, welche seiner Ansicht nach unter ihm stehen.
Dies sei jedenfalls das Motiv seiner brutalen Handlungen ge-
wesen. Der Angeklagte habe sich eines Benehmens schuldig ge-
macht, welches zu seiner sozialen Stellung in krassem Widerspruch
stehe. Der Mann, der vermöge seiner Erziehung und seines Ver-
mögens vor Millionen bevorzugt sei, dürfe nicht darauf rechnen,
daß er mit besonderer Nachsicht behandelt werde, zumal er erst
vor Kurzem einen Denzettel wegen seines „schneidigen“ Auf-
tretens erhalten habe. Der Gerichtshof habe ihn deshalb zu
einem Jahre drei Monate Gefängnis verurtheilt,
wovon 1 Monat durch die Untersuchungshaft abzurechnen sei.
Der Verurtheilte bleibt in Haft.

Versammlungen.

3. Aurr

sprach am 20. November in einer zahlreich besuchten Versamm-
lung des sozialdemokratischen Wahlvereins für
den ersten Berliner Reichstags-Wahlkreis über
das Thema: „Wie gestaltet sich in der Zukunft unsere Organi-
sation?“ Bevor der Genosse Auer das Wort erhielt, wurde eine
Ergänzungswahl zum Vorstande vorgenommen. Die Posten des
ersten Vorsitzenden und eines Kassirers sind durch die Wahl der
Genossen Taterow und Feldmann zu Vertrauensmännern erledigt,
die des zweiten Kassirers und zweiten Schriftführers durch
ordnungsmäßigen Austritt. Es wurden gewählt die Genossen
T. H. M e h n e r, P e t e r m a n n, H e r d t und M. A m a l a u.
Hierauf ergriff Genosse A u e r das Wort:
„Verthe Genossen! In dem Testament Ferdinand Lassalle's
befindet sich eine Stelle, in der er den Mitgliedern des „allge-
meinen deutschen Arbeitervereins“ zu seinem Nachfolger im
Präsidentenamt Herrn Bedker empfiehlt. Er solle an der
existirenden Organisation festhalten; mit ihr werde er die
Arbeiter zum Siege führen. Dies wurde bald unter
den Mitgliedern des Arbeitervereins zum Schlagwort; es
wurde äußerst populär, führte aber zu vielen Mißverständnissen.
Es hatte sich der Glaube festgesetzt, daß nur diese Form, wie sie
bestand, bis zum letzten Buchstaben, für die sozialdemokratische
Organisation zulässig sei. Es wurde viel um die Form der Or-
ganisation herumgestritten; der Kampf darum hat speziell in
Berlin hart gemüthet. Jetzt sind wir darüber hinweg. Die

Leute, welche nur eine bestimmte Organisation für erlaubt halten,
sind heute mit der Laterne zu suchen. Man ist immer mehr zu
der Ansicht gekommen, daß die Form Nebensache und der herr-
schende Geist innerhalb der Partei die Hauptsache ist; er muß
uns zusammenfassen. (Beifall.) Daß diese Ansicht zur herrschen-
den wurde, dazu haben wesentlich die Verfolgungen beigetragen,
welchen die Partei schon vor dem Sozialistengesetz aus-
gesetzt war, sowie die unter der Herrschaft desselben
gemachten Erfahrungen. Die Hauptschlachten, die wir Anfangs
der siebziger Jahre unter einander ausfochten, drehten sich um
Lokalisation oder Zentralisation. Die Zentralisten, die Anhänger
des „allgemeinen Arbeitervereins“, glaubten, man könne derselben
nichts anhaben; erst die Aufhebung des Vereins für Preußen
konnte sie vom Gegenteil überzeugen. Als sich herausstellte, daß
die beiden damals bestehenden Lager der deutschen Sozial-
demokratie gleich groß waren, wurde die Meinung für eine
Einigung größer; welche ja dann auch 1875 in Gotha stattfand.
Wer damals, sowie bei den Vorarbeiten dazu, dabei gewesen,
wird sich, der weiß, daß die Frage nach der besseren Form eine
äußerst schwierige war. Hasselmann schrieb, nachdem die Frage
durch Beschluß gelöst war, im damaligen „Sozialdemokrat“, man
habe nun eine unangreifbare Organisation. Kurz darauf wurde
der Verein aufgelöst; die Form war vernichtet. Man kam zu
der Ansicht, daß die Zentralisation unhaltbar sei. Mit dem
Ausnahmegesetz kam die Auflösung der noch bestehenden Theile
des Vereins. Schon wenige Wochen vorher machte der
Zentralvorstand des Vereins durch einen Aufruf an die Partei-
genossen diesen bekannt, daß er den Verein in Anbetracht der
Vorarbeiten für das Ausnahmegesetz als thatsächlich schon auf-
gelöst betrachte. Leider ist dieser Aufruf — das kann man jetzt
ruhig anerkennen — viel zu ernst aufgenommen worden. Man
hat uns ja doch nicht geglaubt. Der Umstand, daß demgemäße
verfahren, war ein politischer Fehler und ihn wieder gut zu
machen, hat viel Mühe gekostet. Dieser organisationslose Zu-
stand hat gedauert bis zu der Zeit, in der der kleine Belage-
rungszustand über verschiedene Städte verhängt wurde. Diese
die Partei ganz unvorbereitet treffende Maßregel gab den Anlaß,
den Faden wieder aufzunehmen. Es wurde ein Aufruf, unter-
zeichnet von Bebel, Liebknecht, Haseklee u. A. erlassen, in
welchem zur Unterstüzung der Opfer des Belagerungszustandes
aufgefordert wurde. Man hatte jetzt wieder etwas zu thun. Der
Aufruf richtete sich auch an Angehörige anderer Parteien; es war,
wenn ich so sagen will, ein Appell an die Mißthätigkeit. Selber
floßen hierauf von Seiten, die sich vordem gehütet haben, irgend-
wie mit uns in Berührung zu kommen; fogar von konservativer
Seite. Um sich die Schwere der Situation für alle Angehörigen
unserer Partei zu vergegenwärtigen, muß man sie mit durch-
gemacht haben. Man muß die Muth- und Kopslosigkeit, welche
unter den Genossen Platz gegriffen; den Zustand der Angst, des
Nichtwissens, was zu thun und zu lassen sei, bei sonst bedächtig
Genossen mit angesehen haben. Und in diesem Zustand regnete
die weit über das im Rahmen des Sozialistengesetzes Erlaubte
gehende Maßregel hinein. Sie, die die Sozialdemokratie voll-
ständig vernichten sollte, schlug in ihrer Wirkung in das Gegen-
thätig um; dieser Genostreich hat die Partei wieder auf die
Beine gebracht. Man hatte uns vorher unsere Presse verboten;
nicht um ihres Inhalts, sondern um ihrer Feser wegen; man
hatte unsere Vereine vernichtet; fogar die Krankenkassen und Kon-
sumvereine. So hat man einen der letzteren aufgelöst, weil ich
dort — was ja bei mir nicht oft vorkommt — einen Hundertmarkchein
wechselte. (Beifall.)

Zurückweisen muß ich aber die Behauptung, daß während
der Zeit des Sozialistengesetz-Bestehens eine allgemeine Verbindung
bestanden haben soll. Sie hat nie bestanden, konnte nie bestehen!
Aber es ergab sich aus den Verhältnissen heraus die natürliche
Organisation. Es schickte nicht mehr der Verein so und so Geld,
sondern die Fabrik Bauer, der Bau Schulze, die Werkstatt irgend
eines bestimmten Meisters u. s. f. Nachdem wieder Geld da war,
kam man auch wieder etwas weiter. Es fanden sich wieder
Leute, die Flugblätter druckten und austreten. Jetzt, nach dem
Fall des Sozialistengesetzes, lag es an uns, und eine neue Or-
ganisation zu schaffen. Dieselben Schwierigkeiten, mit denen
unsere früheren Organisationen zu kämpfen hatten, bestanden auch
heute noch, ja, sind bedeutend verschärft, zieht man die Kunst der
Auslegung der Gesetzesparagrafen, wie sie heute geübt wird, in
Betracht.

Da steht auf der Tagesordnung: „Wie wird sich in Zukunft
die Organisation gestalten?“ — Ja; darauf kann ich nicht ant-
worten! Diese Frage steht auf der gleichen Stufe, wie die des
Eugen Richter nach dem Aussehen des Zukunftsstaates. (Beifall.)
Es ist mir also unmöglich zu sagen, wie später unsere
Organisation aussehen wird. Es ist ja möglich, daß man uns
mehr Freiheit läßt. Will man uns was anhaben, so kann man
es thun. Das einzig Mögliche ist, daß wir unsere Organisation
den Verhältnissen anpasse. Darum ist der Streit, der nach dem
Fall des Sozialistengesetzes über die Art der Organisation geführt
wurde, hinsichtlich gewesen. Man brauchte sich ja auch bloß die
Ergebnisse der zwölf Jahre des Ausnahmegesetzes vor Augen zu
führen, um sich darüber klar zu sein. Es kommt eben
nicht darauf an, was wir wollen, sondern darauf, was
man uns thun läßt. Dies haben wir berücksichtigt
und uns eine dementsprechende Organisation gegeben. Sie
ist so, daß man ihr, wenn man uns nur einen Theil dessen ge-
stattet, was man anderen Parteien erlaubt, nichts anhaben kann.
In Verhältnissen, unter denen jeder 25 jährige Bürger gezwungen
ist, sich mit politischen Fragen zu befassen, ist es ein innerer
Widerspruch, daß man einem solchen Wähler sagen muß: Der
Verein, dem Du angehörst, darf nicht mit anderen in Verbindung
treten, da er politisch ist.“ Die Vereinsgesetze sind in Wahrheit
zu Ausnahmegesetzen für die Arbeiter geworden. Dieser Wider-
spruch zwischen Vereinsgesetz und allgemeinem Wahlrecht tritt
in seiner ganzen Abfurdtät so zu Tage, daß sogar Nationalliberale
die reaktionären Bestimmungen des ersteren als unhaltbar be-
zeichnet haben. Im größten Theil Südwest-Deutschlands können
ja auch jetzt schon die Vereine so viel in Verbindung treten, wie
sie wollen; ebenso in Hamburg. Auch den reaktionären Vereins-
gesetzen wird die Stunde schlagen. Wie wir mit einem Bismarck,
mit einem Sozialistengesetz fertig geworden, werden wir es
auch mit ihnen werden! Sollte man wieder Repressalien gegen
uns in Werk setzen, so werden wir uns eben einzurichten haben,
wie es geht. Es sind ja nicht allein die Münchberger, welche
Niemandem eher hängen, als sie ihn haben. — Unsere jetzige
Organisation ist der der Freimüthigen nachgebildet. Man sieht —
wir nehmen das Gute, wo wir es bekommen. Die Vertrauens-
leute haben durch Einberufen von Volks- oder Sozialisten-Ver-
sammlungen, wie man sie nennen mag, für das Behalten
neuer Kräfte zu sorgen, welche dann in den Wahlvereinen
disziplinirt, erzogen werden sollen. Die Vertrauensleute dürfen,
der Zweckmäßigkeit halber, nicht Leiter der Wahlvereine sein; sie
(die Vertrauensleute) müssen die Verbindung des Parteivorstandes
mit jedem einzelnen Genossen herstellen. Wir haben dann noch
unser Zentralorgan, unsere Lokalpresse, unsere Vereine
und was dann noch ist, — na — da würde ich,
wenn ich dran glauben würde, sagen: Darüber mag
die Liebe Gottes walten.“ (Beifall.) Den nöthigen
Respekt vor dem Gesetz zeigen wir — wenn auch nicht freiwillig
— dadurch, daß wir uns vollständig von gegenseitiger Ver-
bindung ausschließende Wahlvereine gründen. Das sieht sehr
wir werden unter allen Umständen fertig werden. Der große
Aufruf des Staatsanwalts Lessendorff ist ja auch nicht zur
Wahrheit geworden. Herr v. Lessendorff nimmt jetzt in Leipzig
eine hervorragende Stellung am Reichsgericht ein und die Sozial-
demokratie ist immer noch da; und wenn Herr Lessendorff längt
trot sein wird, wird es immer noch Sozialdemokraten geben. Zu
jener Zeit, als Menschen, die als gute Parteigenossen und
Organisatoren bekannt waren, nicht ein noch aus wußten, er-
standen Tausende, welche Wunderdinge verrichteten. Sie sind
nicht bekannt geworden, werden es auch nie werden. Und

gerade, weil wir eine derartige natürliche Organisation besitzen gleich der, welche die Vornehmen in ihren Zirkeln, Theatervorstellungen und was sonst noch da ist, haben, konnten wir Alles übersehen und werden dies auch in Zukunft können. Wir werden sein! — Wie? — Das wissen wir nicht! Wir werden eine Organisation besitzen! — Was für eine? — Das kommt ganz auf die Verhältnisse an. Die Form der Organisation wird uns nicht vorwärts bringen, sondern nur der Geist, welcher innerhalb derselben herrscht. Ihn zu pflegen, sei unsere Hauptaufgabe! — (Stürmischer Beifall.)

Da sich Niemand zur Diskussion meldete, ergriff der Genosse Mehnert das Wort, und forderte, an die Ausführungen des Referenten anknüpfend, zum Beitritt in den Wahlverein auf. Genosse Taterow fragte hierauf den Genossen Mehnert, wie er sich zu der angeregten Frage der Gründung eines allgemeinen Bildungsvereins für Berlin stellt. Ebenso wurde eine Anregung aus dem dritten Wahlkreis vorgebracht, ob es nicht ratsam sei, an Stelle der verschiedenen Wahlvereine Berlins einen einzigen zu schaffen. Zu diesen Angelegenheiten sprachen dann noch die Genossen Mehnert, Börner, Jahn, Taterow und Auer. Letzterer bemerkte bei seinen Ausführungen, daß die Parteileitung als solche nichts mit diesen Ausführungen zu thun habe. Er als Parteigenosse und einzelne Person bringe dem Projekt des Bildungsvereins ein hohes Interesse entgegen. Was den allgemeinen Wahlverein anbetrifft, ist er sowohl wie Mehnert und Taterow der Meinung, daß man die Vereine so belassen soll, wie sie jetzt sind. Jahn forderte dazu auf, in der über 8 resp. 14 Tagen stattfindenden öffentlichen Volksversammlung, welche weitere Schritte zur Gründung des Bildungsvereins berathen solle, zahl-

reich zu erscheinen. Der Verein ist nach dem Muster des Berliner Handwerkervereins projektiert. Nachdem ein Antrag angenommen, daß der Wahlverein des ersten Wahlkreises sich für das Beibehalten der Wahlvereine in ihrer heutigen Gestalt ausspricht, wurde die Versammlung mit einem brausenden Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Fachverein der in Buchbindereien und verwandten Betrieben beschäftigten Arbeiter. Sonnabend, den 22. November, in Deigmüller's Saal, Alte Jakobstraße 48a, Anfangs um 8 Uhr. Eintrittsgeld für Herren 50 Pf., für Damen 25 Pf. Um recht rege Theilnahme wird gebeten.

Allgemeiner Metallarbeiter-Verein Berlin und Umgegend. Außerordentliche General-Versammlung am Sonntag, den 23. November, Vormittags 10½ Uhr, in Orfibel's Salon, Sebastianstraße 99.

Gesellschaft für Verbreitung von Volkshilfen. Sonnabend, den 22. November, Abends 8½ Uhr, General-Versammlung im Lokale Craniensstraße 180. Am Sonntag, den 23. November, findet seitens der Gesellschaft in den Central-Festhallen, Craniensstraße 180, ein Tanzfrühstück statt, wozu Mittags zu 20 Pf. in den Versammlungen bei den Vorstandsmitgliedern zu haben sind.

Verein der in der Schäftebranche beschäftigten Arbeiterinnen. Am Sonntag, den 23. November, Abends 8½ Uhr, Versammlung bei Frau, Neue Grünstraße 14. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Gabriel über: „Das Recht auf Hausarbeit.“ 2. Statutenänderung. 3. Verschiedenes.

Verein zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter und verwandter Genossenschaften. Am Sonntag, den 23. November, Abends 8½ Uhr, im Rimmer's Lokal, Rosenhaldenstraße 11-12, Mitglieder-Versammlung für den Norden.

Große öffentliche Versammlung für Männer und Frauen am Sonntag, den 23. November, Abends 6 Uhr, im Lokal von Nürnberg, Schönhofstraße 28. Tagesordnung: 1. Vortrag über: „Fichte über Recht, Freiheit und Eigentum.“ Referent: Platter em. Kendsjora.

2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Nach der Versammlung gefolgt die Familienfeier. — Genossen und Genossinnen werden zu recht zahlreichem Besuch eingeladen.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Sattler etc. Sonntag, den 23. November, Vormittags 10½ Uhr, große außerordentliche Mitglieder-Versammlung in Mehnert's Salon, Alte Jakobstraße 48a.

Maurer Berlin und Umgegend. Große öffentliche General-Versammlung am Sonntag, den 23. November, Vormittags 10 Uhr, in der Deigmüller's Saal.

Verein zur Wahrung der Interessen der Sattler. Versammlung am Sonntag, den 23. November, Vormittags 10 Uhr, bei Deigmüller, Blumenstraße 75. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes.

Briefkasten der Redaktion. Ad. H., Brunnenstr. Wir haben keine Anzeige bisher bekommen.

Penig. Wir haben leider für Ihren Bericht gegenwärtig keinen Raum.

Briefkasten der Expedition. Die Vorstände der politischen Vereine, Gewerkschaften, Leseklubs etc. werden gebeten, uns gefl. ihre Statuten in einigen Exemplaren einzufenden, da wir oft von auswärtig behufs Gründung von Vereinen darum angegangen werden.

J. Braunschweig. Der Preis der bestellten 200 Exemplare Protokoll kann Ihnen noch nicht angegeben werden, da derselbe noch nicht genau festgestellt ist. Der Umfang desselben wird mindestens 20 Bogen sein.

Uhren und Goldwaaren
reell und billig bei
Max Busse, Uhrmacher und Juwelier,
No. 157 Invalidenstrasse No. 157
zwischen Markthalle und Ackerstrasse.

Trikotstoffe
in circa 300 Farben
für Tailen, Kleidchen,
Anzüge, Unterröcke
hält stets vorräthig und schneidet jedes beliebige Maass das
Erste Ausschneidgeschäft farbiger Trikotstoffe.
37a Mohren-Strasse 37a.
Geschäftszeit v. 9-7 Uhr.

Zum Roth. Cylinderhut
Nur Hüte
mit Arbeiter-Kontrollmarke.
Staligerstraße 131, neben Frister, Wilhelm Zapel, Hutmacher.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.
eigener Gr. Lager, bill. Preise.
Fabrik. Emil Heyn,
Brunnenstraße 28, Hof parterre.
Zahlung nach Uebereinkunft.

Zur gefälligen Beachtung!
Mein seit 1867 gegründetes, anerkannt reelles 1866

Herren- und Anaben-Garderoben-Geschäft,
welches schon seit 15 Jahren im Westen sich des besten Renommee's erfreut, empfiehlt sein reichhaltig assortirtes Lager in eleganten, als auch Arbeits-Anzügen, sehr Hamburger Leder-Anzügen zu den anerkannt billigsten Preisen.

S. Grabowski,
Dennewitzstraße 21,
Ecke der Bilowstraße.
NB. Große Auswahl von gut erhaltenen getragenen Herren-Anzügen und Paletots.

Eophas, Matragen, Bettstellen,
auch Theilzahlung, 724
bei O. Schmidt, Gartenstr. 65.

Filz- und Seidenhüte
(nur mit Arbeiter-Kontrollmarke) neuester Façons in großer Auswahl empfiehlt zu billigen Preisen 1126

Carl Raettig,
Hutmacher,
Fehrbellinerstrasse No. 33, part. links,
(vis-a-vis der Apotheke).

Allen Genossen und Freunden theile ich hierdurch mit, daß ich mein **Cigarrengeschäft** am 1. Oktober nach der Mantuffelstr. 9 verlegt habe.

C. Reinicke,
Mantuffelstraße 9. 2381

Saal mit guter Akustik und Vereinszimmer empfiehlt an Vereine sowie zu Privatfestlichkeiten. „Berliner Volksblatt“ sow. „Berl. Volks-Tribüne“ liegen aus. 1508

H. Meissner, Gartenstr. 162.

Martin Klein, Uhrmacher,
2225
25 Neue Hochstr. 25
empfiehlt sein Lager aller Arten **Band- und Taschen-Uhren.**
Reparaturen zu soliden Preisen.

Hut-Fabrik
Blücherstraße 11, vis-a-vis der St. Kreuz-Kirche. **Wilhelm Böhm.**
Sämtliche Hüte mit Kontrollmarken. Großes Lager in Schirmen. Neueste Bedienung.

Nur 1 Mark.
Klagen, Eingaben, Rath in Prozessen, Einziehung von Forderungen. 676
Pollak, jetzt Georgenkirchstr. 24, 11.

Alb. Hintze, Schumachermeister,
Dalldorferstr. 18, dicht am Beddingpl., empfiehlt sein Lager fertiger **Schuhwaaren**
für Herren, Damen und Kinder. Solide Waare zu billigsten Preisen. Bestellungen nach Maass sowie Reparaturen prompt und billigst.

Freunden und Genossen empfehle meine **Cigarren und Tabake**
eigener Fabrik. 518
Jacob Götting, Lindowerstr. 9.

Schuh- u. Stiefel-Lager eigen. Fabr. empfiehlt
A. Manthey, Lintensstraße 24b, 416
nahe der Neuen Königstr.

R. Baumeyer
Rind- u. Schweineschlächter
SW., Fürbringerstraße 13 SW.
Reelle Waare. Billige Preise.

Zu verkaufen:
Weihnachtsbäume
6000 Stück gute Bäume habe ich abzugeben. 611
Fr. Steinede,
Hannover, Langestr. 34.

Partei-Beiträgen
empfiehlt allen Genossen die Quittungsmarken- und Kantschuk-Stempelfabrik von **Conrad Müller, Schkenditz-Str. 11.**
Preisliste gratis und franko.

Meyer's, Brockhaus' Lexica, Bücher, Bibliotheken kauft **A. Hannemann,** Kochstr. 56, I. 1566

Winter-Ueberzieher, Herren- u. Damen-Uhren, Hosen, 1 Spieluhr f. billig z. verk. Staligerstraße 25. **G. Meyer, Pfandleiher.**

Verfallene Winter-Paletots zu soliden Preisen Pfandleihers Weinbergsweg 2. 251

Ein gangb. Milchgeschäft verfehlungsh. sofort billig zu verkaufen, Urbanstr. 51.

Ich warne hiermit jedermann, meiner Tochter **Luise Pollak** aus **Driesen,** etwas auf meinen Namen zu borgen, da ich für nichts aufkomme. 662
Franz Vollaack, Handelsmann.

Unserm Freund und Genossen **Oskar Ulrich,** genannt „den alten Vinsel“, zu seinem heutigen Geburtstag ein kräftiges Hoch! 618
Der alte Stamm von Rohaupt.

Unser Freund u. Gen. **Hans Vergils,** zu sein. heut. Wiegenfest ein dreimal donn. Hoch, daß die ganze Rüstung wackelt und die Schablonen einen Kreuzpolla tanzen! Brüderchen merkt Du nichts? 569

Ber. zur Wahrung d. Interessen der Berliner Knopfarbeiter.
Mitgl. = Versammlung
am Sonntag, den 23. November cr., Vormittags 10½ Uhr,
bei Gudditt, Rittenstr. 38.
Tagesordnung:

1. Vortrag. (Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.)
 2. Innere Vereinsangelegenheiten.
 - Das Erscheinen der Mitglieder erwünscht. Gäste stets willkommen.
- 665 **Der Vorstand.**

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler u. j. w.
(E. H. zu Hamburg, Filiale Berlin D.)
Mitglieder-Versammlung
am Sonntag, den 23. November cr., Vormittags 10 Uhr,
im Viktoria-Saal, Perlebergerstr. 13.

- Tagesordnung:
1. Rassenbericht vom 3. Quartal.
 2. Wahl eines Revisors.
 3. Verschiedenes.
- Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. 654
Die Ortsverwaltung.

Große Versammlung des Allgemeinen Arbeiterinnen-Vereins Berlin u. Umgegend
am Sonntag, Nachmittags 6 Uhr, im großen Saale der groß. Reichard'schen Brauerei zu Stralau.

- Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn Türk über Gegenproteste.
 2. Diskussion.
 3. Aufnahme neuer Mitglieder.
 4. Verschiedenes.
- Herrn als Gäste willkommen. Zur Deckung der Kosten findet Zeller-sammlung statt. 653
Der Vorstand.

Grosse öffentliche Versammlung
sämtl. an Holzbearbeitungs-maschinen beschäft. Arbeiter
am Sonntag, den 23. November cr., Vormittags 10 Uhr,
in Säger's Lokal, Grüner Weg Nr. 29.

- Tagesordnung:
1. Situationsbericht.
 2. Beitritts-erklärung.
 3. Vorstandswahl.
 4. Verschiedenes und Fragekasten.
- 655
J. A. G. Stein.

Die Generalversammlung der Herren Delegirten der arbeitnehmenden Mitglieder der Orts-Krankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter u. v. Berufsg.
Berlin findet
am Sonntag, 30. Nov., um 9 Uhr, Hof. Seefeldt, Grenadierstr. 33, statt.

- Tages-Ordnung:
1. Erziehung für den durch Verzug ausgebliebenen Herrn Weidw.
 2. Wahl für 2 auscheidende Mitglieder des Vorstandes.
 - um 10 Uhr:
Combinirte General-Versammlung der Herren Delegirten der arbeitgebenden und arbeitnehmenden Mitglieder.
- Tagesordnung:
1. Wahl von 3 Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung. 647
 2. Bericht des Vorstandes über den Stand der Angelegenheit mit dem Gewerks-Kranken-Verein.
 3. Bericht betreffs Angelegenheit der homöopathischen Ärzte.
- Der Vorstand. Carl Thieme.**

Achtung!
Berlmutter-Arbeiter!
Streik der Firma **Paul Hinz**
dauert unverändert fort. Zugzug fern zu halten. 569

Die Streikenden.
NB. Die Zahlstellen befinden sich bei Schmidt, Rittenstr. 112; Strohmeyer, Mariannenplatz 13, sowie in sämtlichen Zahlstellen der Vereinigung der Drechsler Deutschlands.

Achtung, Vergolder!!
Kollegen, wir richten an Euch den Appell und rechnen auf Euer Ehrgefühl, diejenigen Werkstätten, wo unsere Forderungen nicht bewilligt sind, zu meiden und nicht eher anzufangen, bis die Bewilligung bei der Kommission eingelaufen ist — Beker, Kochstr. 50; Mufsfeldt, Waterloo-Ufer 6; — Geseff, Puttkamerstr. 25; — Winterfeld, Alexanderstr. 60; — Wünsch, Krausenstraße 21; — Drechsler, Neue Jakobstraße 5; — Diefel, Mauerstr. 49; — Hoffmann, Wilhelmstraße Nr. 37; — Kamprath, Kochstr. Nr. 20; — Kraus, Demminerstr. Nr. 3; — Königsberger, Frankfurterstr. Nr. 119; De la Croix, Hallestraße 17; — Vertinger, Bülowplatz 2; — Lehmann, Alte Jakobstr. 2; — Köhler, Potsdamerstr. Nr. 134; — Sauhrada, Wilhelmstr. 6; — Schmidt, Forsterstr. 37; — Redel, Schönebergerstraße 40; — Höflich (Hoflieferant), Beuthstr. 6. — Zugzug von außerhalb ist streng fernzuhalten.

Die Lohnkommission der Vergolder J. A. J. Schuller, Mülackstr. 23, 11.

Große öffentliche Versammlung für Frauen und Männer
am Sonntag, den 23. Nov., Ab. 6 Uhr, im Lokal von Nürnberg, Schönhofstr. 28.
T.-D.: 1. Vortrag über: **Fichte über Recht, Freiheit und Eigentum.** Ref. Kendsjora. 2. Diskussion. — Gefelliges Beisammensein. Zu recht zahlreichem Besuch laden ein 644
Die Fraufragten.

Bilanz
der **Vereinsbäckerei in Deutschland**
(Eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht).
Einnahme per 1889: M.
Für 21 Anthemschneide à 5 M. 105,—
26 Beiträge à 50 Pf. 13,—
Sonnige Einnahmen 30,—
Aufgenommener Kredit 150,—
672 Summa 298,—
Ausgabe per 1889: M.
Für Drucksachen 142,50
Für Rechtsanwaltsgebühren . . . 11,20
Für einen Stempel 8,50
Für 100 Plakate 25,—
Annonce im „Berl. Volksbl.“ . . . 5,—
An Gerichtslofen für Eintragen der Genossenschaft 90,10
Für Bureaubedarf, Kontobücher 7,45
Summa 284,75
Einnahme 298,—
Ausgabe 284,45
Bleibt Bestand 13,25

Der Vorstand d. Vereinsbäckereien in Deutschland (Eing. Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht).
E. Pfeiffer, Geschäftsführer.
H. Nürnberg, Kassirer.

Jahn. d. Tischler.
Sonntag, den 23. November, früh 9½ Uhr, bei **Feuerstein,** Alte Jakobstr. 75:
Vorstandssitzung.
Zum Gänse- und Karpfen-Ausschreiben (heute Sonnabend) ladet ein **G. Wachhaus,** Neue Königstr. 17. 663

Allen Kollegen und Freunden zur Nachricht, daß Sonntag, den 23. November, Nachmittags 3 Uhr, die letzte Nachwehe aus dem

Militärschneider-Streik,
welche der deutsche Offizier-Konsumverein verursacht hat, glücklich überstanden ist. **Theodor Jerwin,**
Rummelsburg, den 22. Nov. 1890.

Allen Freunden und Parteigenossen empfehle eine gute **Wiße** und den **kräftigen Frühkudstisch.**
Ein Vereinszimmer steht zur Verfügung.
W. Haugk,
Sochstr. 12. 675

Empfehle allen Freunden und Bekannten zur Todtenfeier meine Lokaltäten in **Weißenhof** am Georgenkirchhof, **Köhlstr. 17,** Ecke Charlottenburgerstraße. Für gute Speisen und Getränke sorgt bestens 1890
E. Klebs, Restaurateur.

Kleine Tischlerei zu verkaufen, zu erst. Stralsunderstr. 27, im Lokal. 674

1 „Neue Zeit“ 1884 zu verkaufen, 680
Richtiger, Ritterstr. 89.

1 frendl. Schlafstelle f. e. Herrn ist 1. Dez. zu vermieten Adalberstr. 78, Hof 1 Tr. bei A. Vauda ch. 664

Zwei anst. Mädchen f. frendl. Logis erb. Zu erfragen Wirtenstr. 28 im Laden.

Freundl. möbl. Schlafstelle Michaelskirchplatz 4, Hof 2 Tr. bei Schimidt. 677

Freudl. Schlafst. für 1-2 Herrn u. n. Anflamerstr. 25b, III. Grose. 680

Freudl. Schlafst. für Herren b. Hache, Mischenbergerstr. 53, v. 2 Tr. 680

Suche wegen Vergrößerung meiner **Coiletten-Seifenfabrik** ein. Z. Heilnehmer (womöglich Genosse) mit 1000-1200 Mark. Näheres in der Exped. d. Bl.

Arbeitsmarkt.
Schwarz-Polierer auf Papprahmen gesucht
Rahmenfabrik **Reinr. Heise,** Hannover.
Gesucht
ein tüchtiger **Messerschmied od. Schleifer.** Prothahne, Gänsemarkt 64, Hamburg. 678

Ein Buchdrucker (Parteien-) seit mehreren Jahren in einer kleinen soz. Druckerei als Faktor thätig, sucht zum 1. Januar ähnliche Stellung event. auch als Exped. Gesl. Off. unter A. S. 24 bescheiden die Exped. d. „Berl. Volksbl.“ 670

Belegerinnen verl. Goldleistenfabrik Staligerstr. 23. 679

Sattler, selbstständige Arbeiter auf feldhändig, engl. Nummern, gegen hohen Lohn für dauernde Stellung **ersucht.** 623] **August Hoffschmidt,** Halle a. S.

Ein gemäßigter Schlächtergehilfe bittet die Genossen um irgend welche Beschäftigung, Adressen unter **H. 8** an die Exped. des „Volksblatt“ erbeten.

Für eine Berliner Verlags- und Sortiments-Buchhandlung wird ein jüngerer, im Verkehr mit dem Publikum gewandter **Gehilfe** zum sofortigen Antritt gesucht. Offerten beliebe man unter Chiffre **B. H. 650** in der Exped. des „Berliner Volksblatt“ niederzulegen.

Lokales.

Noch einmal über den Brauereigewinn. Die Schultheiß-Brauerei, Aktiengesellschaft, und die Aktienbrauerei Friedrichshöhe, vormals Pagenhofer, haben jetzt den Rechnungsjahresabschluss für das Geschäftsjahr 1889/90 veröffentlicht. Die erstgenannte Brauerei zahlt 16 pCt., die letztere 40 pCt. Dividende.

Da es die einzelnen Angaben in beider Berichten ermöglicht, eine Berechnung darüber anzustellen, wie hoch sich der Gewinn auf das Jedermann bekannte Quantum von 1 Liter stellt und es zugleich so verständlicher ist, als wenn der Gewinn von großen Produktionszahlen großen Geldsummen gegenüber gestellt wird, so folge hier eine Berechnung auf einzelne Liter für jede der beiden genannten Brauereien.

Die Schultheiß-Brauerei hat in dem betreffenden Geschäftsjahre einen Absatz von 204 429 Hektoliter gehabt. Die Unkosten, vormalig Pagenhofer, betragen 1 020 261 M. Die Ab- und Brennmaterialien, Löhne etc., betragen 1 020 261 M. Die Abschreibungen für Maschinen und Braugeräte betragen 255 945 M., macht im Ganzen 1 806 209 M. Für diese Summe sind also jene vorstehend genannten 204 429 Hektoliter Bier gebraut worden. Der Selbstkostenpreis eines Liters Biers beträgt also 6 1/2 Pf. Der Reingewinn von 457 783 M., welcher sich aus der Summe von 69 783 M., welche dem Aufsichtsrathe und der Direktion als Tantiemen gezahlt worden sind und der Summe von 684 000 M., welche als Dividende verteilt wird, zusammenfügt, auf die verkauften 204 429 Hektoliter Bier vertheilt, ergibt für ein Liter 2 1/2 Pf., d. h. jede aufgewandten 6 1/2 Pf. haben 2 1/2 Pf. und nach Prozenten berechnet 35 1/2 pCt. eingebracht. Angenommen, der sozialistische Staat würde als Ausgleichsmittel das Geld beibehalten und unter denselben Verhältnissen in der Brauerei Schultheiß produzieren, so würde er das Seidel Bier von 1/10 Liter Inhalt, welches jetzt 10 Pf. kostet, für 1 1/10 Pf. verkaufen können.

Die Gewinnverhältnisse der Aktienbrauerei Friedrichshöhe, vormalig Pagenhofer, übertreffen die der Schultheiß'schen Brauerei, wie durch die Dividende schon ersichtlich ist, bei Weitem. Sie hat 152 994 Hektoliter produziert, verkauft 149 600 Hektoliter, einen Gesamtergebnis von 1 427 244 M. Die Löhne und Unkosten betragen sich auf 543 481 M., die Abschreibungen auf 122 508 M. Beide Posten zusammengerechnet, die sämtlichen Ausgaben darstellen, auf 665 984 M., bleibt ein Reingewinn von 420 000 M., wovon den Aktionären die Dividende von 40 pCt. gezahlt wird.

Stellt man hier dieselbe Berechnung wie die vorhergehende auf, dividirt die Gesamtkosten von 665 984 M. durch die Zahl der verkauften Hektoliter 149 600, so erhält man den Quotienten 4 1/2 Pf. als den Selbstkostenpreis eines Liter Biers. Der Reingewinn pro Liter wird durch die Division von 149 600 Hektoliter in die Gewinnsumme von 420 000 M. ermittelt und beträgt pro Liter 2 1/2 Pf., die Aktiengesellschaft verdient also nach Prozenten gerechnet 66 1/2 pCt. am Liter. Da in dieser Brauerei das Liter Bier für 4 1/2 Pf. hergestellt wird, so würde man hier ein Seidel von 1/10 Liter Inhalt für 1 1/10 Pf. trinken können. Hier verträumen sich also 8 1/2 Pf. pro Seidel.

Dass der Gewinn bei den Brauereien so bedeutend differirt, mag hauptsächlich seinen Grund darin haben, dass der Kleinverkauf in Flaschen, und feidelweise in den von den Brauereien angelegten Bierlokalen von der einen stärker als von der anderen betrieben wird und dass die Lage eine günstigere ist.

Wenn auch hier zwei besonders günstig situierte Brauereien als Beispiele für den hohen Gewinn, welchen dieses Gewerbe abwirft, angeführt worden sind, so erzielen doch auch andere, wie die Spandauer Berg-Brauerei mit 9 pCt. Dividende, Aktienbrauerei Ludwigsbafen 11 pCt. und Dortmund Aktienbrauerei mit 20 1/2 pCt. noch recht beträchtliche Gewinne.

Ueber die Beförderung mittelst der Arbeiterzüge schreibt man uns aus Friedrichshöhe: Schon seit langem sind die Arbeiterzüge sehr stark besetzt. Beim Einsteigen von unserer Station aus, noch einen Sitzplatz zu erlangen, gilt als besonderes Glück; sämtliche Kupes's dritter Klasse sind überfüllt. Oftmals sind über 20 Personen in einer Abtheilung eingepfercht. Die Post, welche in solch einem Dampfe herrscht, ist daher sehr gesundheitschädlich. Einen grellen Gegensatz dazu bilden die im Zuge befindlichen zwei Wagen zweiter Klasse; diese sind von kaum 10 Personen besetzt. Geradezu traurig gestaltet sich die Beförderung, wenn, wie am Mittwoch, sich der Zug verspätet. Der um 8 Uhr 36 Min. fällige Zug kam erst um 7 Uhr 15 Min. in unserem Ort an und brachte schon die für zwei Züge (6 Uhr 36 Min. und 7 Uhr 00 Min.) bestimmten Personen mit. Es drängten sich nun die ebenfalls zu doppelter Zahl angewachsenen Friedrichshöhe in die Wagen, und es waren daher wohl in keinem Koupee unter 20 Personen. — Solchen Zuständen muß entschieden abgeholfen werden.

Die zunehmende Verunreinigung des Wassers der Spreepree wird vielfach darauf zurückgeführt, dass an den Spreepree zahlreiche Fabrikanlagen entstanden sind, die ihre Abwässer der Spree zuführen. Man hat als dies besonders schädlich erachtet für die Nummelsburger Wasserwerke, für welche zwei umfangreiche Saugkanäle nahe der Oberbaumbrücke im Spreebette angelegt sind. In der That sind durch wissenschaftliche Forschungen in dem durch die vorhanden Sandfilter gereinigten Wasser der Nummelsburger Werke Mikroben ermittelt worden, und das Gutachten hervorragender Mediziner geht dahin, dass die vorhandenen Filtereinrichtungen einen sicheren Schutz gegen die Verbreitung auch gesundheitschädlicher Mikroben durch das Trinkwasser nicht gewähren. Neuerdings ist aus diesem Anlass nun die Verlegung der Nummelsburger Wasserwerke angeregt worden. Bei dieser Gelegenheit wird nun von Seiten, welche die Oberbaumbrücke täglich passieren und auch sonst die Verhältnisse der Spreepree genau kennen, darauf hingewiesen, dass das ganze südliche Spreepree vor der Oberbaumbrücke Jahr aus Jahr ein mit Floßblüthen bedeckt, und dort viele Monate lang im Wasser liegen, sich mit Moos bedecken, theilweise in Faulnis übergehen und namentlich im Sommer einen oftmals unerträglichem Geruch verbreiten, der gewöhnlich den benachbarten Fabriken zugesprochen wird. Diese Floßblüthen schwimmen gegenüber den beiden vorerwähnten Saugkanälen der Wasserwerke und es dürfte sich wohl verhalten, zunächst zu ermitteln, ob nicht der Mikroben-Gehalt des filtrierten Wassers durch die Befreiung jener Holzvorrichtungen hervorgerufen wird. Der Annahme, dass diese Unreinigkeiten, die dem Wasser zugesetzt werden, mit demselben nicht weit fortzudringen, sondern als bald zu Boden sinken. Die nächste Fabrik aber, die neuerdings an der Spreepree angelegt ist, wäre die Progenische Teppichweberei in Straßau, die schwerlich an der Wasserverunreinigung bedeutend Schuld hat.

Bei den Dammwäldern ist gestern zum ersten Mal das Wasser der Spreepree durch das um 2 1/2 Meter vertieft, 2 Meter breite neue große Gerinne gelassen worden. Damit ist zugleich das neuerbaute Wehr in Wirksamkeit getreten. Bisher wurde

während der Bauzeit das Wasser durch einen Gangdamm oberhalb der Mühlen provisorisch nach dem unter dem Glodenbogen des Mühlengrundstücks gehenden kleinen Gerinne geleitet, welches nur 1,06 Meter breit ist und bei den heutigen Wasserständen nur im Oberwasser einen unerwünschten Stau erzeugt. Der Stau ist durch die heutige Veränderung nunmehr überhaupt von oberhalb nach unterhalb der Mühlen verlegt worden.

Entgleisung ist vorgestern früh gegen 7 Uhr ein Wagen des von Station Brunenwald nach Wedding fahrenden Arbeiterzuges Nr. 1448. Die Entgleisung fand unter der Spandauer Brücke statt und soll durch die Schienenanlage vor der dortigen Weiche veranlaßt worden sein. Der Zug schleifte noch 90 Meter trotz der sofort angewandten Bremsvorrichtungen fort und konnte, wie die „N. Z.“ meldet, nur durch die Umsicht des Weichenstellers zum Halten gebracht werden. Weiteres Unglück ist dabei glücklicherweise nicht passiert.

Ein bedauerlicher Baunfall ereignete sich am vorgestrigen Nachmittag gegen 5 Uhr auf dem Potsdamer Bahnhof dadurch, dass plötzlich beim Abbruch eines Doppelschuppens eine Fachwand mit lautem Krachen zusammenbrach. Drei Arbeiter, welche auf einem der langen Verbindungsbalken standen, stürzten dabei aus einer Höhe von sechs Metern in die Tiefe hinab, einer von ihnen, N. mit Namen, erlitt so schwere innere Verletzungen, dass er in einer Drochle nach dem St. Hedwigs-Krankenhaus geschafft werden mußte. Die beiden anderen Arbeiter erlitten mehr oder weniger schwere Verletzungen. Allem Anscheine nach ist die betreffende Wand infolge der Nachlässigkeit eines Poliers nicht genügend abgesteift worden.

Am Telephonbrath anhängend. Ungeheures Aufsehen verursachte, wie uns nachträglich mitgeteilt wird, in der Bankstraße nahe der Badstraße am Sonntag Morgen die Auffindung eines Selbstmörders, dessen Leichnam an einem Telephonbrath haushoch gerade über dem Straßendamme hing und dessen Körper vom Winde hin- und hergeschleudert wurde. Der Betroffene, der sich auf so sonderbare Weise das Leben genommen, war ein etwa 25jähriger Mann, gut gekleidet, mit Pinenez und Handschuhen versehen, das todtenblaße Gesicht war mit langen schwarzen Locken und lüppigem Vollbart umrahmt. Vom neunten Polizeirevier aus wurde die Feuerwehr aus der Bankstraße alarmiert, welche mittelst in Anwendung gebrachter mechanischer Leiter den Selbstmörder aus seiner lustigen Höhe herabholte. Leider aber war das Rettungswerk total mißlungen; der Lebensmüde konnte nicht ins Leben zurückgerufen werden, weil er eine Strohpuppe war, die, mit Mäse, Bart, Perrücke und Kleidung versehen, auf's Täuschendste einem Menschen gleich und die von einem Späzvogel vermittelst vom Dache des Hauses der Bank- und Badstraße auf die Telephonbrücke bugsiert worden war. Unserer Polizei, welcher dieser lustige Scherz über den Spagging, ermittelte am vorgestrigen Tage den Attentäter, einen 23jährigen auf dem Grundbrunnen wohnenden Mann, dem der Telephon-Selbstmörder ziemlich theuer zu stehen kommen dürfte.

Gerichts-Beitrag.

Petrogene Betrüger könnte man die umfangreiche Gerichtsverhandlung betiteln, welche sich gestern vor der IV. Strafkammer hiesigen Landgerichts I abspielte. Auf der Anklagebank befanden sich der frühere Gendarm, jetzige Eisenbahn-Stations-Diener Franz Dertel und dessen Frau, geb. Linde, unter der Anklage der Beihilfe zu einem Verbrechen. — Vor etwa 5 Jahren erregte der Betrug, welchen der Viehhändler Linde unter Beihilfe seiner Frau gegen seine Gläubiger versuchte, allgemeines Aufsehen. Der Viehhändler Linde, dessen anfänglich gut gehendes Geschäft zurückgegangen war, hatte im Dezember 1885 den Plan gefaßt, sich durch einen raffinierten Coup aus allen Verlegenheiten zu reißen. Im Einverständnis mit seiner Frau kaufte er noch so viele Schweine als möglich auf, verkaufte dieselben in aller Schleunigkeit wieder und wies seine Frau an, den Erlös in Höhe von circa 40 000 Mark in Sicherheit zu bringen. Die Frau will nun das ganze Geld zu der Schwester ihres Mannes, der Angeklagten Dertel nach Nowawes gebracht haben, und erlangte sich dann das Märchen, daß sie das Geld, welches sie auf die Bank bringen sollte, verloren habe. Die Polizei war auf dieser Mitteilung gegenüber mißtrauisch und deckte bald auf, daß hier ein großer Schwindel vorlag. Der Viehhändler Linde wurde mitten auf der Reise verhaftet und das Schwurgericht verurtheilte Linde zu drei Jahren Zuchthaus, die Frau Linde zu 1 1/2 Jahren Gefängnis. Beide haben diese Strafen abgemacht und nach Wiedererlangung der Freiheit begaben sie sich zu Dertel's, um den dort niedergelegten Schatz zu heben. Ihre Hoffnung war aber vergeblich, denn die Angeklagten erklärten Lipp und klar, daß sie von dem angeblich abgegebenen Gelde absolut nichts wüßten. Das Linde'sche Ehepaar ließ nun schleunigst zur Polizei und demnächst die Angeklagten. Sie behaupteten nicht nur, daß dieselben die 40 000 M. von ihnen erhalten und bei Gelegenheit der Hausdurchsuchung, die bei Dertel's vorgenommen worden, schlaun verborgen haben, sondern beschuldigten dieselben auch, daß sie die eigentlichen intellektuellen Urheber zu dem verunglückten betrügerischen Coup gewesen seien. Darum handelt es sich jetzt. Die Angeklagten bestritten energisch jede Kenntniss von den 40 000 M. und jede Beihilfe an dem Linde'schen Betrüge, die Linde'schen Eheleute aber beschuldigten ihren Schwager bzw. ihre Schwester mit derselben Bestimmtheit, daß sie die 40 000 M. in der That in Verwahrung genommen. — Die Beweisaufnahme war ebenso umfangreich, als widersprechend und ein Theil der vorgeladenen 20 Zeugen suchte den anderen in vielen Punkten der Unwahrheit zu zeihen. Außer der Thatfache, daß die Angeklagten etwas mehr Geld ausgegeben, als ihrer Vermögenslage entsprechend erschien, waren noch mehrere besondere Verdachtsmomente vorhanden. Namentlich war eine Frau aus Nowawes als Zeugin zur Stelle, welche betandte, daß ihr eines Tages die Angeklagten zwei Blechbüchsen zum vorübergehenden Aufbewahren zugestellt habe, welche mit Geld ganz vollgestopft gewesen waren. Dies soll gesehen sein, kurz bevor die Hausdurchsuchung bei den Angeklagten stattfand. Eine andere Zeugin will gesehen haben, daß die Frau Linde ein Paket zu einer anderen Frau gebracht und die Angeklagte dasselbe abgeholt habe. Andere Zeugen betanden auch, daß ein Bruder der Angeklagten, der bis dahin ganz mittellos gewesen, plötzlich sehr viel Geld besessen habe, als er von einem Besuch in Nowawes bei seiner Schwester heimkehrte. Alle diese belastenden Aussagen wurden von den Beteiligten als erfunden bezeichnet. Der besagte Bruder, Restaurateur Richard Linde, behauptet u. a., daß die Linde nach Abkündigung ihrer Strafe bei ihm gewohnt und seine Kinder einmal mit einer Tasse der Linde gespielt haben, in welcher sich 1000- und 100-Markstücke befanden haben. Zu erwähnen ist noch, daß Kommissar Jilmann bei den wiederholten Hausdurchsuchungen bei den Angeklagten 1080 M. Geld vorgefunden hat. — Staatsanwalt v. d. Reda hielt die Schuld der Angeklagten für nachgewiesen und beantragte gegen beide Angeklagte je zwei Jahre Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Silberstein, beantragt dagegen die Freisprechung,

da die vorhandenen Verdachtsmomente keineswegs ausreichen. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten Dertel zu einem Jahre, die Ehefrau zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis und nahm beide Angeklagte sofort in Haft.

Eine Zensurbemerkung, die sehr viel Staub aufgewirbelt hat, hat schließlich noch eine Anklage wegen Beleidigung gezeitigt, welche gestern in eingehender Weise vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I verhandelt wurde. Der auf der Anklagebank befindliche Kaufmann Volkmar Becker hatte sich auf den Antrag des Magistrats wegen Beleidigung des Direktors Benedek von der Sophienschule, sowie des Lehrers Ehrenreich, die die Tochter des Angeklagten, die 14-jährige Gertrud Becker in diesem Jahre mit nach Hause brachte, besond sich eine tabelnde Bemerkung. Die Rubrik „Betrugen“ war folgendermaßen ausgefüllt: Gut, bis auf einen Fall, in welchem sie den Lehrer besogen hat.“ Ihre Vater wollte diese Zensur nicht mit seiner Unterschrift versehen, er wandte sich vielmehr beschwerdeführend an den Direktor Benedek. Als er keinen Erfolg hatte, verfaß der Angeklagte die Zensur seiner Tochter mit folgender Gegenbemerkung: „Gertrud hat nicht gelogen, die Lügner und Wortverdreher sind auf der anderen Seite zu suchen.“ Die letztere Bemerkung bezog die genannten Lehrer auf sich und nun folgten von beiden Seiten Beschwerden bei der Schuldeputation, beim Magistrat und beim Provinzial-Schulkollegium. Der Angeklagte nahm seine Tochter aus der Schule und in seinen Schriftstücken an die Behörden wiederholten sich mehrfach Ausdrücke, wie „brutale Gemeinheiten“, „falsche Unterstellungen“, welche die genannten Lehrer ebenfalls auf sich bezogen. Der Angeklagte bestritt, er die Lehrer habe beledigt wollen. Die Angelegenheit, welche seiner Tochter die beschimpfende Bemerkung in der Zensur eingetragen, sei von den Lehrern falsch beurteilt worden und zwar deshalb, weil seine Tochter Gertrud von ihren Mitschülerinnen falsch belastet worden sei. Seine Gegenbemerkung in der Zensur, sowie die beanstandeten Äußerungen in den übrigen Schriftstücken hätten sich deshalb auch nicht auf die Lehrer, sondern auf die früheren Mitschülerinnen seiner Tochter bezogen. Aus der umfangreichen Beweisaufnahme gewann der Staatsanwalt Dr. Benedek die Anschauung, daß der Gertrud Becker seitens der Lehrer absichtlich Unrecht nicht geschehen sei und daß ein Theil der abschildigenden Äußerungen auf die letzteren Bezug haben sollten. Er beantragte gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 300 M. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Böger plädierte für Freisprechung, da der Angeklagte sich volkühn in Wahrnehmung berechtigter Interessen befunden habe.

Der Gerichtshof erkannte auf eine Geldstrafe von nur dreißig Mark. — Zweifelloß habe der Angeklagte in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt und könne er nur verurteilt werden in denjenigen Fällen, in welchen er in begreiflicher Erregung das Maß der Erlaubten überschritten habe. Dies sei nur in dem einen Falle geschehen, wo der Ausdruck „brutale Gemeinheit“ gebraucht worden sei.

Versammlungen.

Der Fachverein der Metallarbeiter in Gas-, Wasser- und Dampf-Armaturen hielt am Donnerstag, den 13. November, seine regelmäßige Mitgliederversammlung unter Vorsitz des Kollegen Warnitz ab. Herr A. Gerisch hielt einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über: Die zulässige Gestaltung unserer Organisationen. Es habe sich herausgestellt, daß nachdem das Kapital Kartelle gebildet, und systematisch auf Bekämpfung der Arbeiterorganisationen ausgehe, die kleinen Branchenvereine ungenügend und deshalb zu verwerfen seien, und daß beispielsweise im Metallsach der Vereinigung der Eisen- und Metallindustriellen, ein Nachwerk der Fabrikanten, von den Arbeitern ein Verein der Gas- und Metallarbeiter entgegengestellt werden müßte. Eine Organisation, wie wir sie wünschen und wie sie sein könnte, sei nach unseren Gesetzen vorläufig nicht zu erreichen, aber dasjenige was zu erreichen sei, und errichtet werden muß, das sei die lokale Zentralisation. Redner wies noch im Einzelnen nach, wie dieselbe bedeutende Vorteile mit sich bringe. In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner in demselben Sinne aus, ein Zeichen dafür, daß die Arbeiter jetzt alle zum Zusammenschluß drängen. Die nächste Versammlung soll sich noch eingehend mit dieser Frage beschäftigen. Auch wurde es abschließend festgestellt, daß sich noch vor Kurzem der Dreherverein gebildet hat, und es wurde der Hoffnung Raum gegeben, daß auch diese Kollegen ihr unrichtiges Vorhaben recht bald einsehen möchten. In seinem Schlusswort gab der Referent seiner Freude über den Geist, den er in dem Verein gefunden, Ausdruck. Unter Verschiedenem kam die Werkstatt-Angelegenheit der Firma Sandmann (Rundigung des Kollegen Griek) zur Sprache; diese Angelegenheit wurde jedoch dem Vorstand zur Prüfung übergeben. Vor dem Vortrag hatte der Kassirer seinen Vierteljahresbericht erstattet: Einnahme 579,50 M., Ausgabe 105,05 M., Bestand 274,45 M. Ihm wurde Decharge erteilt.

Die öffentliche Versammlung für Frauen und Männer, welche am Sonntag, den 16. d. Mts. Oranienstraße 180 tagte, erfreute sich eines äußerst zahlreichen Besuchs. Den Vortrag des Abends hielt Herr P. u. s. über: „Freie Liebe.“ An der Diskussion theilnehmten die Brüder, Sundermann und Fr. Wabnitz. — Nach dem Schlusswort des Referenten erledigte die Versammlung noch einige Mittheilungen und Anträge. Der erzielte Ueberschuss aus den freiwilligen Beiträgen zur Deckung der Unkosten, in der Summe von 22 M., ist den gemarkregelten Arbeiterinnen und Arbeiterinnen der Berliner Veloefabrik überwiesen worden. — Am Sonntag, den 23. November (Todtensonntag), Abends 6 Uhr, findet die öffentliche Versammlung für Frauen und Männer im Lokal von Lürnberg, Charlottenburger Allee 23, statt.

In Charlottenburg fand am 18. d. M. eine Volksversammlung statt, in welcher Genosse Bogtherr seine Anschauungen über Wesen und Bedeutung der freien Gemeinde entwickelte. Das Ziel der freien Gemeinde ist, nicht eine gläubige, sondern eine denkende und wissende Menschheit zu erzeugen. In diesem Sinne leiten sie die Jugendzuchtung. — Nachdem der Redner unter lebhaftem Beifall geendet, wurde die Gründung einer freien Gemeinde beschlossen. Es zeichneten sich vorläufig 38 Mitglieder ein, und als provisorischer Vorstand wurden folgende Personen gewählt: Wilhelm Schulze, erster Vorsitzender; Paul Rochale, zweiter Vorsitzender; Gustav Jippert, Kassirer; Gustav Leopold, Schriftführer.

Briefkasten der Redaktion.

Straßenabonnent. Neudamm liegt bei Stettin und hat keine Garnison.

E. A. Bei der Direktion des Zoologischen Gartens.
A. D. Eichendorfsstraße. Landtags-Abgeordneter für Köln.

Größtes Lager des Nordens
von Berlin.

Brunnenstr. 1, 1 Treppe. Brunnenstr. 1, 1 Treppe.
(Ging. Weinbergsweg.) (Ging. Weinbergsweg.)

Neue Amerikanische Verkaufshallen.



Herren- und Knaben-Garderoben-Fabrik. Verkauf zu streng festen Fabrikpreisen.

Wir empfehlen für die Saison folgende Artikel:
Knaben-Anzüge in Buckskin von 3 bis 10 M.
Knaben-Paletots in Double, Eskimo, von 4,50 bis 12 M.
Burschen-Paletots in Cheviot
Burschen-Paletots von 8 bis 15 M.
Complete Anzüge in Buckskin, Hamm- von 12 bis 40 M.
garn etc.
Winter-Paletots in Double, Eskimo etc. von 10 bis 50 M.
Hosen in allen Qualitäten, von den billigsten bis zu den
feinsten Hammgarn-Stoffen.
Sämtliche Waaren sind nur von den allerbesten Stoffen gearbeitet
und wird für nabelfertig garantiert. 1239

Preise streng fest.

Neue Amerikanische Verkaufshallen.

Brunnenstr. 1, 1 Treppe. Brunnenstr. 1, 1 Treppe.
(Gingang Weinbergsweg.) 1735



Sch habe keine Fiktalen und stehe mit ähnlich lautenden Firmen in keinerlei Beziehung.

Deshalb kommen Sie nur

bei Ihrem Einkauf von Herren-, Knaben-Garderoben und Arbeitsfachen zu 497

J. Baer,

Berlin N., Gesundbrunnen,
Badstraße 18,
Ecke Stettinerstrasse,

woselbst Sie in jeder Beziehung streng reell bedient werden, denn sämtliche Waaren werden nicht in Stettin, sondern hier in eigener Werkstatt angefertigt.

Die Drogenhandlung von H. Sievert,
Berlin O., Thaerstrasse 62, nahe d. Frankfurter Allee,
empfeilt außer sämtlichen Apothekenwaaren besonders den schönsten weißen **Dorschleberthran**, welcher seines milden Geschmacks und der vorzügl. Wirkung sehr beliebt ist! 1 Fl. 50 Pf. u. 1 M., pro Pfund 80 Pf.; eine besondere **Kinderseife**, welche sich auch vortrefflich zum Waschen von Wunden eignet, da diese absolut keine reizenden Stoffe enthält, 1 Stück 25 Pf., 1 Pfund 75 Pf.; den ff. med. **Tokeyer** und die vorzügl. **Roth- und Weissweine**, und besonders ihre bereits zur allgemeinen Beliebtheit gelangten **Spezialitäten**:
Kräutermagenbitter, welcher infolge seiner Zusammensetzung aus den besten Kräutern u. Wurzeln ein wohlthuesendes, kräftiges Hausmittel ist! Originalflasche 2 M.
Metalglanzlack mit Farbe, in 1 Stunde hart trocknend, ist im Winter wie im Sommer streichbar! 1 Pfd. 80 Pf.
Anerkennungsschreiben liegen bereit!

64. Waldemarstraße 64.
Schuh- und Stiefel-Waaren-Lager
von **Ernst Grossmann.**
Große Auswahl in Herren-, Damen- u. Kinder-Schuhen und -Stiefeln jeder Art.
Reelle Bedienung. Billige Preise.

„Heizapparat“
D. R. P. 39427
Besten Schutz gegen kalte Räume. Ueber 10 000 Stück im Gebrauch. Preis 4,50 M.
Zu haben in allen Eisenwaaren-, Haus- u. Küchengeräthe-Handl., sowie in d. Fabrik
D. Kilinski,
Alexanderstr. 26, Hof links part.

Jede Uhr zu repariren und zu reinigen (außer Bruch) kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens **1,50 Mark.**
Lager aller Arten Uhren und Goldwaaren zu den billigsten Preisen. 1736
Gust. Blenk, Rosenthalerstr. 10, (a. d. Auguststr.)

Cohn's Hosenfabrik
Pallisaden-Strasse 7,
arbeitet aus Resten einzelne Hosen von 1 M. an, Jaquets 1,50 M., Paletots 3 M., Herren-Hosen von 1,50 M. an
Sonntags bis 8 Uhr Abends geöffnet

Winter-Paletots in hochfeinen Stoffen 15, 18, 20, 24, 30 M. Bom- u. Jaquet-Anzüge 12-33 M., hochf. Hosen u. Westen, Knaben-Paletots spottbill.
113 Kleider-Paradies 113
Leipzigerstrasse.

Jede Uhr unter Garantie kostet bei mir (außer Bruch) **1,50 Mk.**
Kleine Reparaturen entsprechend billiger.
Uhren, Gold- u. Silberwaaren
C. Wunsch, n. d. Oranienplatz, Baumstr. 33.

Winter-Paletots und Anzüge
bei billigeren Preisen empfiehlt das bekannte
Herren- und Knaben-Garderobe-Gejchäft
von **Julius Lindenbaum**
Große Frankfurterstr. 139.
Spezialität: Anfertigung nach Maß und Arbeitsfachen.
(Bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten!)

Die von mir
im Sommer auf mehreren Auktionen gelauten und im Verkauf verfallenen hochgeleganten Herren- u. Damen-Winter-Paletots, Knaben- u. Mädchen-Paletots, Herren- u. Knaben-Anzüge, Damen- u. Kinder-Kleider, Uhren, Ketten, Ringe, Betten, Wäsche, Kessel, Stiefel, Koffer, Schirme, Harmonika's u. s. w.
verkaufe ich nur bis Weihnachten damit zu räumen, zu erstaunlich billigen Preisen.
Lucke, Neanderstr. 9,
Bitte genau auf Hausnummer und Namen zu achten. 972

Meinen
Kunden zur Nachricht, daß ich durch bewährte Zuschneder in der Lage bin
Paletots nach Maß in guten reinwooll. Stoffen von . . . 25 M. an.
Anzüge nach Maß von . . . 24 M. an.
Beinkleider in Hammgarn von . . . 8 M. an, unter Garantie gutfig. anfertige. Ferner empfehle mein großes Lager gutfigender fertiger Garderoben:
Winter-Paletots von 13 M. an.
Kammgarn-Anzüge in reiner Wolle von . . 22 M. an.
Kammgarn-Hosen von . . . 6,50 M. an, bis zu den feinsten Qualitäten zu verhältnismäßig sehr billigen Preisen.
Arbeitsfachen in gr. Auswahl.
S. Posner,
Frammen-Strasse Nr. 118.
Bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten, da meine als reell bekannte Firma oft von der Konkurrenz ausgebeutet wird.

Bitte lesen Sie!
Jedem, der billig und reell kaufen will, empfehle mein reichhalt. Lager in
Winter-Paletots,
Rock- und Jaquet-Anzügen, einzelnen Röcken, Jaquets, Hosen und Westen, Stiefeln, Hüten, Betten, Wäsche, Uhren, Reise- und Holzkoffern etc., sowie **Damen-Mänteln und Kleidern.**
Alles in alt und neu! Kaufe sämtliche Sachen auf Auktionen und von Leihämtern, auch sind verfallene Pfänder dabei, daher die enorm billigen Preise.
A. Wergien,
Schneidermeister. (Gegründet 1874.)
127. Skalitzerstr. 127.
Bitte sehr, recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten. 2347

L. Hirschfeld.
Herren- u. Knab.-Garderobe
69. Kastanien Allee 69
(Ecke Schwedterstr.)
Ich verkaufe mit wirklich geringem Nutzen u. bin infolge vortheilhaften Einkaufs v. Stoffen in d. Lage für wenig Geld nur Gutes z. liefern, z. B. Wint.-Ueberzieh., hoheleg. v. 11-50 M., Burschen-Paletots . . . von 3-24 M., Knaben-Paletots . . . 3,75-12 M., Eleg. Herren-Anzüge . . . 12-48 M., Knab.-Anzüge f. jed. Alt. . . 3,50-18 M., Stoff-Hosen . . . 4-7 M., Burschenhosen i. Stoff . . . 4-7 M., Bedeutend. Vorrath i. Engl. Lederhosen u. Jaquets sowie Drell-Anzüge. Anfertig. n. Maass innerh. 24 Stunden. unt. Garantie vorzüglich. Sitzens.

Winter-Paletots!
Feste Preise. Feste Preise.
Im Engros-Geschäft Heiligensbergstr. 40 I sollen die von dieser Saison übrig gebliebenen Winter-Paletots im Einzelnen verkauft.
Hochelegante Paletots zu 25 M.
II. Sorte zu 18 M.
III. Sorte zu 12 M.
Geöffnet v. Morgens 8 bis Abends 8 Uhr.

Reelle Bedienung. 56
Für Mark 38
liefern
Winter-Paletots
in allen Farben, elegant sitzend, gut gearbeitet.
J. Baruch (vormals Adler & Baruch),
143. Oranienstraße 143,
zwischen Moritzplatz und Brandenburgstraße.
Feste Preise.
Dr. Hoesch, homöopath. Arzt. | Das gr. Lager Berlins
Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10. | Kinderwagen, Andreasstr. 23, 5. pl.

H. Hartwig Söhne & Baer
Größte Herrenkleider-Werkstatt Stettins!
Berlin N., Berlin SO., Berlin O.,
Chausseestraße 24a. Brüdenstraße 8. Gr. Frankfurterstraße 16.
Verkauf zu Fabrikpreisen bei nur besten Waaren.

Anzug, rheinishche Waare, dauerhafter Stoff 8,50 M.	Halbwoll. Anzug, Prima Qual. in praktischen Mustern 10,50 M.	Wollener Anzug, haltb. Waare für Jedermann 18 M.	Belour- Anzug, schwer und unverwüßlich viele schöne Muster 17 M.	Feinster Kammgarn Anzug, hochf. Kamm- garn mit seiden. Borte, eleg. Schnitt 27 M.	Hochelegante Anzüge u. Paletots nach Maß, in feinsten Stoff. 60, 55, 50, 45 bis 30 M.	Winter- Paletots aus besten Stoffen 10 M.	Echt engl. Lederhosen dreidraht, unverwüßlich 6, 4, 3 bis 2,25 M.	Zwirn- Hosen dorb und kräftig 1,75 M.	Fertige Hemden hübsche Streifen 1 M.
--	---	---	--	--	--	---	--	---	--

Garantie für tadellosen Sitz und längste Haltbarkeit.
Anzüge und Paletots für Burschen und Knaben
außerordentlich vortheilhaft.
Auch Nichtkäufer können sich von der Vortrefflichkeit unserer Grundfäße überzeugen. 81
Jeder Kunde hört die reine Wahrheit über unsere nur reellen Waaren.